AJB

ARCHIV DER
ARBEITERJUGENDBEWEGUNG

Mitteilungen

1/2018

Thema:

Arbeiter(jugend)bewegung und die Novemberrevolution

Arbeiter-Jugend

Nr. 1 | Berlin, 11. Januar | 1919

Die Jugend im neuen Deutschland.

Die arbeitende Jugend erwartet vom neuen Staat schnellste Durchführung ihres berechtigten Jugendschutzprogramms, das wir in der vorigen Nummer der „Arbeiter-Jugend" auf- hungen vermitteln. Den Wundern des christlichen Glaubens ist die moderne Naturerkenntnis mit ihren Tatsachen und Forschungs- ergebnissen gegenüberzustellen.

Parlamentarische Demokratie – Räteherrschaft

Thema · Lesen Seite 4

Welche Demokratie? Die deutsche Arbeiterbewegung nach Weltkrieg und Revolution

Wir wollen in Sehnsucht und Frieden baun Und nur auf die Waffen des Geistes vertraun.

Otto Felix Kanitz, der Optimist

Neue Bücher · Lesen Seite 26

Ich hoffe inständig, dass Menschen wie Micky Beinert nicht aussterben.

Zum Tod von Heinz ›Micky‹ Beinert

Nachruf · Lesen Seite 40

Hallo Herr Lowenstein, stimmt es, dass Sie Kurt Löwensteins Enkel sind?

Berichte · Lesen Seite 43

Auf den Spuren der Großeltern – Tim Kurt Lowenstein besucht Neukölln

1918

... Der grundlegende Aufbruch zur Demokratie aber war die deutsche Revolution, die im November 1918 begann.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Mitteilungen haben ein neues Aussehen bekommen. Mit einer zweiten Farbe und einem lesefreundlicheren Layout reagieren wir auf sich ändernde Sehgewohnheiten. Ich hoffe, es gefällt euch.

In diesem Jahr gibt es mehr als genug Gründe, um über den Zustand und die Zukunft unserer Demokratie zu diskutieren: Die Wahlerfolge der völkisch-nationalistischen und in weiten Teilen rassistischen AfD, der von der Willkommenskultur zur Flüchtlingsabwehr gewandelte Mainstream in Medien, Politik und Gesellschaft, die Bedrohung persönlicher Selbstbestimmung durch Facebook, Google und Co, wie auch der politischen Freiheitsrechte durch eine ausufernde Ausspähung durch staatliche Organe und nicht zuletzt der sich vertiefende Bruch zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund standen zwei Aufbrüche zur Demokratie im Mittelpunkt unserer Tagung. Richard Meng, früher stellvertretender Chefredakteur der Frankfurter Rundschau und Alma Kleen Bundesvorsitzende der SJD – Die Falken diskutierten über die 68er Bewegung. Sie war – so das Fazit – trotz mancher Fehlentwicklungen – ein bleibender Impuls für eine demokratisch und kulturell vielfältige Gesellschaft, wie wir sie heute auch gegen reaktionäre Kräfte verteidigen müssen, mit nachhaltigen Auswirkungen auf die politische und pädagogische Praxis der Falken. Der grundlegendere Aufbruch zur Demokratie aber war die deutsche Revolution, die im November 1918 begann. Stefan Müller fragt nach der Haltung der Arbeiterbewegung und schildert die Ursachen der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, die am Ende dazu führte, dass sich die Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit mit einer parlamentarischen Republik zufrieden gab, weitergehende wirtschaftliche und gesellschaftliche Demokratisierungen aber ablehnte. Daran anknüpfend erhellt Frederik Schwieger ein bisher unbekanntes Kapitel im Leben Kurt Löwensteins – sein früher Einsatz für die Rätedemokratie und seine Vorschläge für eine Umgestaltung des Bildungswesens nach dem Räteprinzip. Dörte Hein zeichnet die Konflikte in der Sozialistischen Arbeiterjugend über die Haltung zur Weimarer Demokratie nach, die als unvollendete kritisiert wurde und als zu einer sozialistische n weiterentwickelt werden sollte. In diesen Kontext fügen sich die Rezensionen über die Biographie von Otto Felix Kanitz und den Tagungsband zu Anna Siemsen ebenso gut ein, wie die Besprechung der Beiträge zum linken Zionismus und sein Verhältnis zum Weltkommunismus. Mit viel Empathie schildert Rinske Reiding den Besuch von Tim Lowenstein, dem Enkel Kurts in Deutschland. Peter Brandt würdigt den verstorbenen Heinz »Micky« Beinert und wir können uns seiner Hoffnung nur anschließen »dass Menschen wie Micky Beinert nicht aussterben. Er war ein Vorbild.«

Herzliche Grüße und Freundschaft!

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen

Vorsitzender des Förderkreises
»Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung«

Inhalt

Thema: Arbeiter(jugend)bewegung und die Novemberrevolution

THEMA

4 **Welche Demokratie? Die deutsche Arbeiterbewegung nach Weltkrieg und Revolution** Dr. Stefan Müller

14 **Kurt Löwenstein und der Rätesozialismus** Frederik Schwieger

18 **Revolution, Republik und die Sozialistische Arbeiterjugend** Dörte Hein

NEUE BÜCHER

26 **Otto Felix Kanitz, der Optimist** Günter Regneri
Prof. Heinz Weiss · Otto Felix Kanitz. Vom jüdischen Klosterschüler zum Top-Roten der Zwischenkriegszeit

29 **Linke Zionisten in Auseinandersetzung mit der Komintern** Kay Schweigmann-Greve
Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien 2017/II. Judentum und Revolution: Der Weltverband Poale Zion zwischen Zionismus und Kommunismus

33 **Eine frühe, überzeugte Europäerin** Heidi Behrens
Alexander J. Schwitanski (Hg.) · Anna Siemsen. Aspekte eingreifenden Denkens

AUS DEM ARCHIV

36 Archivpädagogik – der erste Einsatz Sophie Reinlaßöder

37 Keine Kompromisse mehr – die Lagerung von Transparenten im Archiv der Arbeiterjugendbewegung Dörte Hein

39 Information zur Verwendung der Mitgliederdaten entsprechend der Europäischen Datenschutzgrundverordnung

NACHRUF

40 Zum Tode von Heinz »Micky« Beinert Trauerrede von Prof. Dr. Peter Brandt

BERICHTE

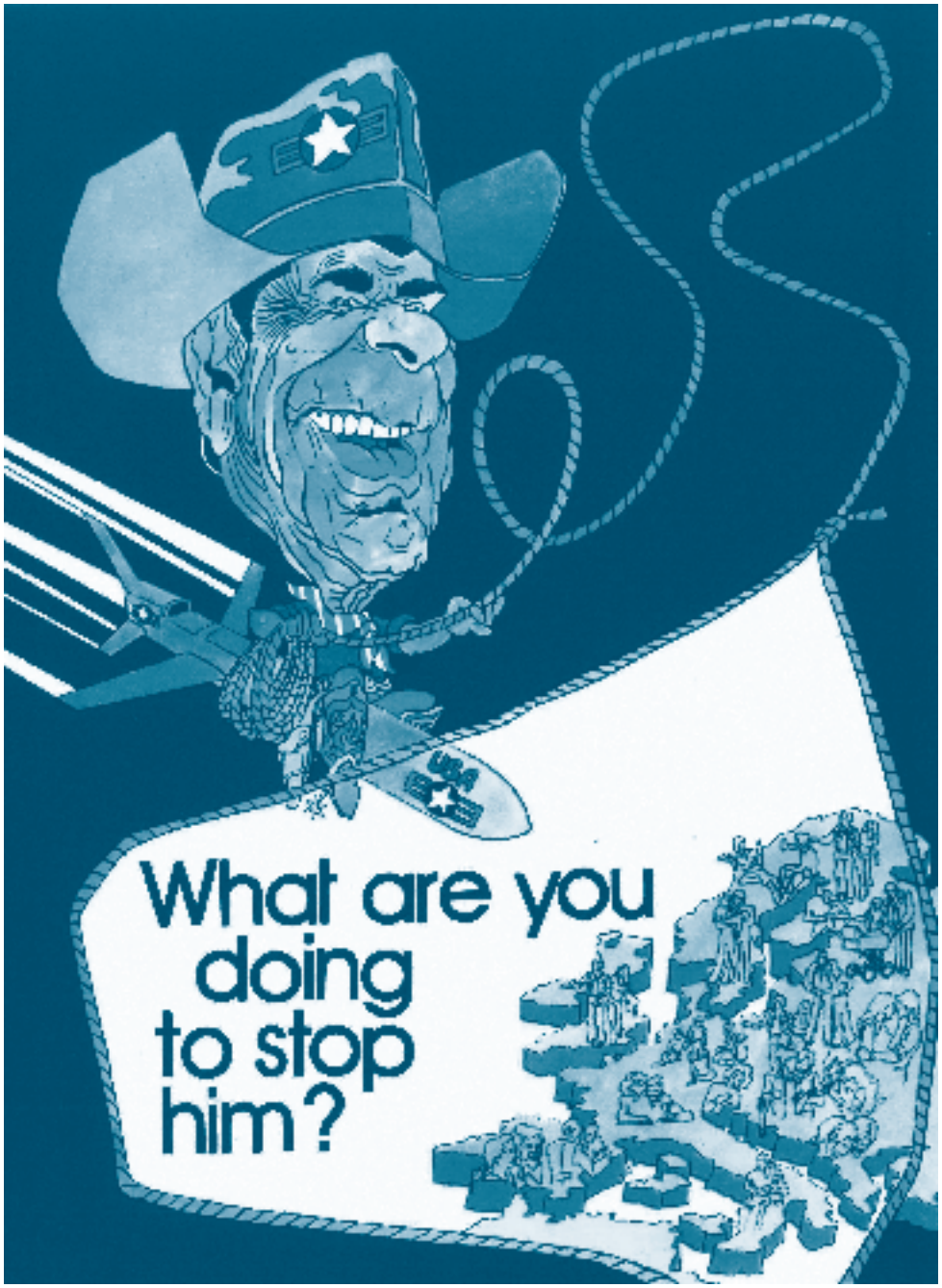
43 Auf den Spuren der Großeltern – Tim Lowenstein besucht Neukölln Rinske Reiding

VERANSTALTUNG

46 **Archivgespräch 2018**
»Deutsch-deutsche Jugendkontakte im Schatten von Nachrüstung, Afghanistan und Glasnost: die 1980er-Jahre«

47 **Archivtagung 2019**
Der Aufbau sozialistischer Jugendorganisationen in den neuen Bundesländern nach 1989

48 Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe



Plakat der World Federation of Democratic Youth (WFDY), Sammelmappe mit Plakaten von 1978 – 1985 anlässlich der 12. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Moskau, 27.07. – 03.08. 1985
Quelle: AAJB Plakatsammlung

Save the date!

23. November 2018 Archivgespräch

»Deutsch-deutsche Jugendkontakte im Schatten von Nachrüstung, Afghanistan und Glasnost: die 1980er-Jahre«

Welche Demokratie? Die deutsche Arbeiterbewegung nach Weltkrieg und Revolution

November 1918

Dr. Stefan Müller

Die deutsche Arbeiterbewegung befand sich zu Beginn der Weimarer Republik in einer paradoxen Situation. Einerseits wurden mit der Revolution und dem Zusammenbruch des Kaiserreichs zentrale Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung erreicht, andererseits befand sie sich in einer geradezu verheerenden Lage. Auf der offensichtlichen Erfolgsseite standen, um nur zwei Bereiche zu nennen, erstens die Einführung der Demokratie in Deutschland einschließlich und insbesondere des Frauenwahlrechts, zweitens die Anerkennung der Arbeiterorganisationen durch die bürgerliche Gesellschaft. Die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften waren nun keine Paria der Gesellschaft mehr, die Sozialdemokratie befand sich an der Regierung, die Gewerkschaften wurden durch die industriellen Unternehmer anerkannt (einschließlich der Begrenzung des Arbeitstages auf acht Stunden und der Tarifverträge als Regelungsinstrument). Auch wenn die erfolgreiche Revolution von 1918/19 vor dem Hintergrund von Millionen von Toten, von Hunger und Elend an der Heimtatfront und eines verlorenen Krieges erfolgte (die militärische Niederlage war offensichtlich, zuletzt die gescheiterte Frühjahrsoffensive 1918), so waren es doch die revoltierenden Soldaten von Kiel und die Arbeiterinnen und Arbeiter im Reich, die der desavouierten Monarchie den letzten Stoß gaben.

Der erreichten Freiheit 1918 stand eine zutiefst gespaltene Arbeiterbewegung gegenüber. Die seit 1916 wachsenden Antikriegsproteste – zu nennen sind hier die Streiks nach der Verhaftung Karl Liebknechts im Juni 1916, die Massenstreiks und Krawalle, vielfach von Frauen getragen, im April 1917, und schließlich die Januarstreiks 1918, wo etwa eine Million Beschäftigte der Rüstungsindustrie die Arbeit niederlegten – vertieften zugleich die Konflikte zwischen den Arbeiterparteien. Am Ende der revolutionären Phase – in der Geschichtswissenschaft werden gegenwärtig die Jahre 1916 bis 1923 als Phase des Umbruchs diskutiert – kann im Grunde nicht mehr von einer, sondern es muss von mindestens zwei Arbeiterbewegungen gesprochen werden. Die Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit war nicht nur gespalten, sondern die unterschiedlichen Organisationen betrachteten sich nun als Todfeinde.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung kann ohne Zweifel von verschiedenen Fluchtpunkten aus erzählt werden. Im Folgenden soll dabei die Frage nach Art der von den Protagonisten angestrebten Demokratie im Mittelpunkt stehen, um die These dieser paradoxen Ausgangslage der Arbeiterbewegung zu Beginn der Weimarer Republik zu diskutieren. Es geht dabei erstens um die innerparteiliche Demokratie, zweitens um die Frage nach der Art der politischen Demokratie entlang des Konfliktes um repräsentative Demokratie und Parlamentarismus versus Räteherrschaft, sowie drittens um die Partizipation im ökonomischen Bereich.

INNERPARTEILICHE DEMOKRATIE

Die Ursache für die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung lag in der Haltung zum Burgfrieden und zu den Kriegskrediten. Zu Kriegsbeginn, im August 1914, war die Opposition noch schwach und beugte

Karl Liebknecht
Quelle: Archiv der sozialen Demokratie/Archiv der Arbeiterjugendbewegung, Fotosammlung.

Postkarte mit dem Titel *Friedrich Ebert – Erster Deutscher Reichspräsident † 28.Februar 1925.*
Grafiker unbekannt. Quelle: AAJB Postkartensammlung

sich den Mehrheitsbeschlüssen. Mit 78 gegen 14 Stimmen beschloss die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 3. August 1914 am Folgetag den Kriegskrediten zuzustimmen. Karl Liebknecht scherte erst bei der Abstimmung im Dezember 1914 als erster Abgeordneter öffentlich aus und votierte gegen den Kriegsetat. Im März 1915 stimmten zwei sozialdemokratische Abgeordnete – neben Liebknecht noch Otto Rühle – gegen den Etat, während 30 weitere zuvor den Saal verließen. Ende des Jahres bestand diese Opposition dann aus bereits 20 Abweichlern, die öffentlich im Reichstag gegen die Mehrheit stimmten, sowie 22 weiteren, die vor der Abstimmung den Saal verließen.

Diese Minderheit – immerhin mehr als ein Drittel der Reichstagsfraktion – forderte ihr Recht, entsprechend ihrer Überzeugung abstimmen und für ihre Position in der Partei werben zu können. Die Spaltung der SPD wurde schließlich von der Mehrheit herbeigeführt. Im Januar 1916 wurde als Reaktion auf das Abstimmungsverhalten vom Dezember zunächst Karl Liebknecht aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen. Im März 1916 wurden dann, nach einer weiteren Abstimmung über einen Etat und einer öffentlichen Stellungnahme Hugo Haases gegen den Burgfrieden, dieser sowie weitere 17 Kriegsgegner mit dem Ausschluss aus der Fraktion konfrontiert. Die Opposition bildete daraufhin die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft im Reichstag. Im Januar 1917 schließlich mussten deren Mitglieder auch die Partei verlassen. Damit war der Bruch durch die Mehrheit vollzogen, die USPD gründete sich im April 1917 in Gotha.

Dem Spaltungsprozess lag zum einen die inhaltliche Frage der Zustimmung zum Burgfrieden zugrunde, zum anderen ging es jedoch um die Möglichkeiten, für die Opposition innerhalb der SPD arbeiten und vor allem die Parteipresse nutzen zu können. Der Minderheit ging es nicht um die Spaltung, sondern

um die inhaltliche Rückeroberung der Partei. Die burgfriedliche Mehrheit in der SPD wurde zusehends knapp, bestand aber weiterhin auf einem »geschlossenen« Auftreten der Reichstagsfraktion. Im März 1916 stimmte fraktionsintern ein knappe Mehrheit von 44 Abgeordneten gegen 36 für den erneuten Etat, erwartete aber die Einhaltung der Fraktionsdisziplin. Die Minderheit wiederum wollte nicht länger zum Schweigen verurteilt werden, sah sie doch große Teile der Partei auf ihrer Seite und sich selbst als die eigentliche Sozialdemokratie. Die Führung der neuen Partei – Hugo Haase, Georg Ledebour und Wilhelm Dittmann – bestand durchweg aus langjährigen aktiven Sozialdemokraten und Reichstagsabgeordneten der SPD. Keiner von ihnen arbeitete aktiv an der Parteispaltung, keiner von ihnen zielte in den Jahren 1917 und 1918 auf die Gründung einer kommunistischen Partei im russischen Sinne.

Die Radikalisierung der USPD und eines Teils der Arbeiterschaft, die schließlich zum Beitritt der USPD zur Kommunistischen Internationale (beschlossen auf dem Parteitag im Oktober 1920) und zur Fusion mit der KPD führte (vollzogen im Dezember 1920), fand erst in den Auseinandersetzungen des Jahres 1919 statt. Zusammengefasst handelte es sich um die militärische Niederschlagung des kleineren, radikaleren Teils der Arbeiterbewegung durch die von Friedrich Ebert geführte Regierung. Aber nicht nur: An den Bewegungen des Jahres 1919 waren vielfach auch Mitglieder der SPD beteiligt, die an den jahrzehntealten Forderungen der sozialistischen Arbeiterbewegung festhielten. Inhaltlich ging es hier zum Ersten um die nicht umgesetzte Forderung nach Sozialisierung wichtiger gesellschaftlicher Branchen, zum Zweiten standen die weitgehende Wiederherstellung der alten militärischen Hierarchien und die Ausschaltung der Soldatenräte in der Kritik, zum Dritten entzündete sich der Konflikt um die Niederschlagung regionaler Versuche, anstelle parlamentarischer Strukturen die politische Ordnung über Arbeiter- und Soldatenräte zu organisieren, also insbesondere die Räterepubliken in Bremen und Bayern.

Dem Spaltungsprozess lag zum einen die inhaltliche Frage der Zustimmung zum Burgfrieden zugrunde, zum anderen ging es jedoch um die Möglichkeiten, für die Opposition innerhalb der SPD arbeiten und vor allem die Parteipresse nutzen zu können. Der Minderheit ging es nicht um die Spaltung, sondern um die inhaltliche Rückeroberung der Partei.

Bildete die USPD im Rat der Volksbeauftragten mit der Mehrheitssozialdemokratie zunächst eine gemeinsame Regierung (November/Dezember 1918) und entsprach damit dem verbreiteten Wunsch nach Einheit und Einigkeit und schien auch die organisatorische Spaltung nach Kriegsende vielen als reparabel, so vertieften sich innerhalb weniger Monate politisch-inhaltlich und sozialmoralisch die Differenzen. Nach der nahezu friedlichen Revolution vom 9. November 1918 (mit lediglich 15 Toten in Berlin) eskalierte im Jahr 1919 die Gewalt. Und diese Gewaltexplosion, die nach dem Rückzug der USPD aus der Regierung zu einem erheblichen Teil in der Verantwortung der Mehrheitssozialdemokratie lag, stellte eine wesentliche Ursache für die Radikalisierung eines Teils der Arbeiterschaft und im Ergebnis des Aufstiegs des Kommunismus zur Massenbewegung dar. Alleine während der Kämpfe rechtsradikaler Militärs (Freikorps) gegen streikende Arbeiter in Berlin im März 1919 kamen um die 1 200 Menschen ums Leben. Diese zumeist nationalistischen und antidemokratischen Freiwilligenverbände waren der Reichsregierung unterstellt, waren teilweise von ihr beauftragt, teilweise wurde ihnen auch nur freier Lauf gelassen. Man kann natürlich nicht sagen, dass jede Gewalt durch die MSPD verursacht oder von ihr gebilligt wurde. Die SPD sah sich in der Verantwortung, das

Parlamentarische Demokratie, Räteherrschaft

kriegsgeschüttelte und durch die Alliierten bedrohte Land vor Chaos – und nach den Erfahrungen in Russland – auch vor einem Bürgerkrieg zu schützen und suchte so, anstatt die alte militärische Führung zu entmachten oder zumindest teilweise zu ersetzen, seit dem November 1918 die Zusammenarbeit mit der Reichswehr. Ob diese Furcht tatsächlich berechtigt war, steht auf einem anderen Blatt.
Die Wahlen auf Reichsebene zeigen exemplarisch die Radikalisierung des Jahres 1919. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 erhielten die USPD 7,6 Prozent und die SPD 37,9 Prozent der Stimmen (die zur Jahreswende 1918/19 gegründete KPD war nicht angetreten). Dieses Ergebnis führte aufseiten der USPD zunächst zu einem Schock, sah sich die Partei doch als legitime Erbin der Sozialdemokratie. Eineinhalb Jahre später, im Juni 1920, erlangte die USPD dann 17,9 Prozent, wohingegen die SPD auf 21,6 Prozent der Stimmen absackte. Die junge KPD war zu dem Zeitpunkt noch immer eine Randerscheinung und erlangte lediglich 2,1 Prozent der Stimmen. Die Erfahrungen der Jahre 1919/20 führten auch zu wachsenden Sympathien in der USPD für die inzwischen zur Weltbewegung aufgestiegenen Kommunisten: Es ging um die Mitgliedschaft in der von Moskau aus gegründeten Kommunistischen Internationale. Auf dem Parteitag im Oktober 1920 votierte dann eine Mehrheit der USPD (236 gegen 156 Delegierte) für den Beitritt zur Komintern, der damit verbunden war, sich organisatorisch vom sozialdemokratischen Flügel zu trennen und mit der KPD zu fusionieren.

Blickt man auf die innerparteiliche Demokratie, stellte das Ergebnis auf mehreren Ebene eine Niederlage für die (Partei-)Demokratie dar. Der Teil der Arbeiterbewegung, der aufgrund seines Eintretens für einen breiten innerparteilichen Diskurs und die Möglichkeit zur offenen oppositionellen Arbeit aus der SPD gedrängt wurde, schloss sich mehrheitlich einer Bewegung an, die innerhalb kurzer Zeit vollständig von der Sowjetunion unter Stalin abhängig wurde und in der innerorganisatorische Demokratie als bürgerliche Verfehlung betrachtet wurde. Die Minderheit in der USPD kehrte 1922 zur Sozialdemokratie zurück, in der sich allerdings 1931 mit dem Ausschluss von sechs Mitgliedern der Reichstagsfraktion und der anschließenden Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands die Geschichte in gewisser Weise wiederholte. Ferner gingen in dem Spaltungsprozess der USPD etwa ein Drittel der ursprünglichen Mitgliedschaft und damit ein erheblicher Teil, der während der Revolutionsmonate politisch mobilisierten Menschen verloren und fand sich in keiner der beiden Parteien wieder.

POLITISCHE UND PARLAMENTARISCHE DEMOKRATIE

In der Arbeiterbewegung standen sich hinsichtlich der politischen Organisationsform der neuen Gesellschaft die repräsentative parlamentarische Demokratie und Modelle einer Räteherrschaft als Alternativen gegenüber. Unterschieden werden sollte jedoch zwischen konzeptionellen Fragen, die in den Parteien diskutiert wurden einerseits, und der realpolitischen Entwicklung in den Arbeiter- und Soldatenräten andererseits. Die reichsweite Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in der Revolution selbst war ein quasi ursprüngliches Phänomen, das sich aus der fehlenden parlamentarischen oder anderweitigen Einbindung in demokratisch-institutionelle Strukturen erklären lässt. Seit der ersten russischen Revolution von 1905/1906 handelte es sich zudem um eine transnational bekannte Organisationsform.

Die Mehrheit dieser Räte bestand jedoch aus Sozialdemokraten (Frauen waren nur sehr wenige vertreten) der alten Mehrheitspartei, die Unabhängigen befanden sich in der Minderheit, und legt man den zunächst gemäßigten Charakter der USPD zugrunde, kann man von einer breiten sozialdemokratischen Orientierung in den Arbeiterräten sprechen. Die Soldatenräte waren vielfach sogar von der SPD selbst initiiert worden. Von bolschewistischen Vorstellungen waren

Räte-modelle

diese Rätegremien trotz großer Sympathie für die beiden russischen Revolutionen des Jahres 1917 weit entfernt, und dass sie sich in ihrer Mehrheit nicht im Gegensatz zum Parlamentarismus sahen, zeigte sich beim reichsweiten Rätekongress im Dezember 1918 in Berlin. Rund zwei Drittel der etwa 500 Delegierten waren Mitglieder der MSPD, knapp 18 Prozent stellten die Unabhängigen. Der Spartakusbund, Kern der kurz darauf gegründeten KPD, war mit nicht einmal einem Dutzend Delegierten vertreten und selbst deren prominentesten Vertreter*innen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gelang es nicht, ein Mandat zu erlangen. So war es kaum verwunderlich, dass der Rätekongress den Antrag ablehnte, das Rätesystem zur Grundlage der Verfassung zu machen. Stattdessen votierten etwa 400 gegen 50 Delegierte für die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Dieser Entschluss, der im Anschluss vielfach als Selbstentmachtung der Arbeiter- und Soldatenräte charakterisiert wurde, brachte die Mehrheitsstimmung der in der Arbeiterbewegung aktiven Menschen kurz nach der Revolution und nach Kriegsende zum Ausdruck.

Die real existierenden Räte waren also weit entfernt von den Parolen der russischen Bolschewiki. Zugleich haben sich jedoch viele dieser Räteaktivisten – und dies bis weit in die Mehrheitssozialdemokratie hinein – die Integration der Arbeiter- und Soldatenräte in die parlamentarische Demokratie gewünscht, als Ergänzung oder als Erweiterung. Konzeptionell standen sich mit Räteherrschaft und Parlament zwei entgegengesetzte politische Modelle gegenüber. Es waren vor allem der Führer der Revolutionären Obleute (dies war die Opposition im deutschen Metallarbeiter-Verband), Richard Müller, und der USPD-Volksbeauftragte Ernst Däumig, die sich intensiv mit konzeptionellen Fragen der Räteherrschaft befassten. Die Räte stellten für beide zugleich politisches Ziel als auch Mittel dar, um in Zwischenschritten den Kapitalismus zu überwinden. Aber auch der gemäßigte Flügel der USPD um Rudolf Hilferding und Rudolf Breitscheid plädierte insofern für die Integration der Räte, als diese Parlamentsgesetze gegebenenfalls begutachten und auch ablehnen könnten. Sie traten für ein Mischsystem ein, in dem die Räte ein Gegengewicht zum Kapitalismus darstellten.

Das Rätemodell Richard Müllers gliederte sich in zwei Säulen. Auf der ökonomischen Seite werden die Beschäftigten über Betriebsräte zusammengefasst, die sich zu branchenspezifischen und branchenübergreifenden Gremien und schließlich einem Reichswirtschaftsrat zusammenfinden. Die höheren Gremien sollten dabei für die ökonomische Planung zuständig sein. Die politischen Gremien waren in dem Modell gleichfalls mehrstufig aufgebaut. Auf der unteren Ebene sollten die Delegierten direkt gewählt werden, auf den höheren Ebenen repräsentativ aus deren Mitte. So revolutionär-demokratisch der Anspruch der Räteaktivisten war, so sind doch aus demokratietheoretischen Gründen mehrere kritische Punkte zu nennen. Zum Ersten (und vermutlich am wenigsten bedeutsam) ist die Trennlinie der ökonomischen und politischen Räte unscharf. Auch Richard Müller vermochte schon zeitgenössisch nicht, dieses Problem zu lösen. Zum Zweiten – und dies ist von größerer Bedeutung – entsteht die Frage, an welcher Stelle diejenigen in die ökonomische Planung eingebunden werden, die nicht berufstätig sind: nichterwerbstätige Familienmitglieder (»Hausfrauen«, »Hausmänner«), Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner u. v. m.. Angesichts der Lage der Zerrissenheit in der Arbeiterbewegung ist zum Dritten gravierend, dass solche Rätemodelle keine Antwort auf die Moderation von Interessenkonflikten zwischen gesellschaftlichen Großgruppen geben. Das Rätemodell stellte einen Versuch dar, die Arbeiterbewegung auf einer politisch links stehenden, revolutionären Programmatik zu einen. Das Modell verweigerte sich aber Aussagen darüber, wie mit Interessenkonflikten in der Zukunftsgesellschaft umgegangen wird: Warum sollte es ausgeschlossen sein, dass sich die Menschen nicht auch in Zukunft nach politischen Interessen organisieren, nach sozialen oder kulturellen Milieus, dass sie Fraktionen bilden, für ihre Interessen Partei ergreifen, also Parteien bilden? Will man solche

Postkarte mit dem Titel *Revolutionstage in Berlin. Panzerautomobilbesatzung im Hofe des Schlosses.* Fotografie aufgenommen im Januar 1919,

Fotograf strittig, Alfred Groß oder Otto Haeckel, Quelle: Edition Photothek, Dirk Nishen, Berlin. 1983. AAJB Postkartensammlung

Kundgebung zum 7. Jahrestag des Kriegsausbruches, USPD-Block unter der Führung eines Kriegsinvaliden in Berlin Bezirk Mitte am 30.Juli 1921.

Quelle: AAJB Fotosammlung

Fraktionierungen nicht von vornherein verbieten oder bestimmte Bevölkerungsgruppen von den Wahlen ausschließen, entsteht so die Frage, worin eigentlich die Unterschiede zwischen einem Parlament und den politischen Rätegremien bestehen. Eine Antwort gibt das Rätemodell mit der jederzeitigen Abberufbarkeit der Delegierten und einem imperativen Mandat. Dieses versucht, die Verselbständigung repräsentativer Körperschaften zu verhindern, setzt jedoch voraus, dass die Menschen sich dauerhaft engagieren. Entlang dieser auch schon zeitgenössisch umstrittenen und offenen Fragen positionierte sich beispielsweise Karl Kautsky zunehmend gegen die in der Sowjetunion einsetzenden Parteidiktatur.

Trotz dieser Kritik an den Rätekonzeptionen stellte die Geringschätzung der Arbeiter- und Soldatenräte durch die Führung der Mehrheitssozialdemokratie eine verpasste Chance dar. Man kann sicherlich streiten (und würde vielfach die zeitgenössischen Positionen ergebnislos wiederholen), ob und inwieweit die Integration von Elementen des Rätesystems a) funktional und b) politisch durchsetzbar gewesen wäre. Aus historischer Perspektive kann man jedoch zumindest festhalten, dass im Sinne von Selbstorganisation, Selbstermächtigung und politischer Partizipation die Arbeiter- und Soldatenräte ein enormes demokratisches Potential darstellten, das nicht nur ungenutzt blieb, sondern in der Dialektik von Radikalisierung und militärischer Absicherung des Parlamentarismus sogar bekämpft wurde. Mit der Bekämpfung der Räte wurde nicht nur eine realpolitische Option ausgeschaltet, sondern auch ein politisches Potential.

Betriebsräte, Reichswirtschaftsrat

MITBESTIMMUNG UND WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE

Ganz ohne Räte kam die Weimarer Republik dann aber angesichts dieser starken Bestrebungen in der Arbeiterbewegung nicht aus. In moderater, an die repräsentative Demokratie angepasster Form und befreit von ihrem systemtransformierenden Charakter fanden die Räte Eingang in die betriebliche Interessenvertretung (Betriebsräte) und als wirtschaftliches Beratungsgremium auf staatlicher Ebene (Reichswirtschaftsrat). Der Reichsrätekongress vom Dezember 1918 in Berlin beauftragte entgegen der Bestrebungen Friedrich Eberts die Regierung, »mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen«. Die Forderung nach Sozialisierung wurde zwar seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie erhoben, wurde aber ihrem Begriff und Inhalt nach nie konkretisiert. Nie hat die (Vorkriegs-)Sozialdemokratie bestimmt, welche Eigentumsform schließlich ein sozialisierter (oder auch: vergesellschafteter) Betrieb aufweisen würde: Sollte es sich um Staatseigentum handeln, um Privateigentum unter öffentliche Kontrolle, um Eigentum der Belegschaft? Der »gesellschaftliche« Eigentümer der angestrebten »Sozialisierung« blieb nebulös. Insofern verhielt es sich mit dem Sozialisierungsbegriff wie mit dem Terminus Revolution: Sie wurde erwartet und ersehnt, musste aber aufgrund der Unbestimmtheit selbst nie in Angriff genommen werden. Am Ende wurde die Sozialisierung letztlich auf die lange Bank geschoben und nicht umgesetzt. Die MSPD konnte das »Konzept« nicht sinnvoll in einen parlamentarischen Weg implementierten und hätte zudem den Konflikt mit ihren bürgerlichen Koalitionspartnern eingehen müssen. Heute wird in der Forschung diskutiert, in welchem Ausmaß das politische Ziel der Sozialisierung von den Streikbewegungen des Jahres 1919 tatsächlich vertreten wurde. Sicher ist aber, dass der Berliner Streik vom März 1919 sowie die Kämpfe im Ruhrgebiet die Forderung weit nach oben auf ihrer Prioritätenliste gesetzt hatten. Zugleich ist zu konstatieren, dass nach dem Rückzug der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten sich die MSPD nicht einmal zu einem symbolischen Akt hatte durchringen können.

Ein Ergebnis der Revolution war aber zumindest die Festschreibung der Räte in der Reichsverfassung sowie die Institutionalisierung der Betriebsräte. Das Deutsche Reich kannte freiwillige Arbeiterausschüsse schon seit der Novellierung der Gewerbeordnung in den 1890er Jahren und in verpflichtender Form im Bergbau seit 1905. Diese wurden aufgrund ihrer mangelnden Kompetenz von Gewerkschaften und der Sozialdemokratie im Wesentlichen abgelehnt. Mit dem Vaterländischen Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916, durch das für den Großteil der deutschen Beschäftigten die freie Berufswahl aufgehoben und ihre Arbeit quasi dem Militärdienst gleichgestellt wurde, wurden Arbeiterausschüsse in kriegswichtigen Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten verpflichtend. Die Gewerkschaften erhielten hierdurch zwar noch keinen Zutritt zu den Betrieben, waren aber in den vom Gesetz vorgesehenen Ausschüssen repräsentiert. Damit erlangte die politische und militärische Führung des Kaiserreichs das Zugeständnis der SPD und der Freien Gewerkschaften für die erhebliche Ausweitung ihrer Befugnisse. Viele Historiker sprechen für die Zeit ab Sommer 1916 und der Übernahme des militärischen Kommandos durch Paul von Hindenburg (der 1933 als Reichspräsident Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte) und Erich Ludendorff (der sich 1920 am Kapp-Putsch und 1923 am Hitler-Putsch beteiligte) auch von einer Art Militärdiktatur.

Mit diesem autoritär-kaiserlichen Erbe gingen die Novemberrevolutionäre nun in die Weimarer Zeit. Aufseiten von SPD und Gewerkschaften bestand zunächst Unklarheit, welche Rechte die zukünftigen Arbeiterausschüsse erhalten und ob sie beispielsweise Organe der Gewerkschaften sein sollten. SPD und Gewerkschaften, gewissermaßen in Person des Arbeitsministers Gustav Bauer vereint, sahen sich dabei weitreichenden Forderungen von Arbeiterräten gegen-

über, die von der Betriebs- bis zur Reichsebene Anspruch auf Partizipation erhoben. Im Frühjahr 1919 wurde in der SPD debattiert, den zukünftigen Betriebsräten auch wirtschaftliche Mitbestimmung zu geben. Zeitgleich wurde der Rätegedanke ja auch in die Reichsverfassung aufgenommen. In Art. 165 der Reichsverfassung heißt es, dass »Arbeiter und Angestellten […] zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat« erhalten sollten. Aus gewerkschaftlicher Sicht bestand somit die Gefahr, dass diese Arbeiterausschüsse auch in Lohn- oder Arbeitszeitfragen Mitwirkungsrechte erhalten könnten und damit das gewerkschaftliche Recht auf Tarifpolitik unterlaufen würden. Zudem kursierten in der SPD Ideen, die real existierenden Arbeiterräte, die mit der Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 ihre politische Funktion verloren hatten, zumindest als Arbeiterausschüsse anzuerkennen.

Der Großteil der gewerkschaftlichen Spitzen lehnte somit die im November gebildeten Arbeiterräte ab. Annehmbar waren dagegen Betriebsräte auf sozialpartnerschaftlicher Grundlage, deren Kompetenzen zu einem erheblichen Teil über die Tarifverträge geregelt wurden. Dies meinte, dass Fragen von Arbeitszeit und Lohnhöhe den Gewerkschaften vorbehalten blieben. Im Prinzip waren die Gewerkschaften mit den bislang bekannten Arbeiterausschüssen des Hilfsdienstgesetzes zufrieden, forderten aber mehr Macht und Rechte für die Gewerkschaften selbst. Die Betriebsräte der Weimarer Republik waren somit Ergebnis eines Konfliktes. Die kurzzeitige Stärke der Arbeiter- und Soldatenräte in der Novemberrevolution setzte zum einen die Räte auf der betrieblichen Ebene durch, ihre politische Radikalität verhinderte aber zugleich, dass sich die Gewerkschaften mit ihnen anfreunden konnten und ihnen zu viel Einfluss gewährt wurde. Durchgesetzt haben sich die Gewerkschaften mit ihren Vorstellungen einer eher an die alten Arbeiterausschüsse angelehnten Betriebsvertretung. Dieser Konflikt bestimmte damit aber nicht nur die Arbeitspolitik der Weimarer Republik, sondern legte den spezifischen Pfad der doppelten und nur bedingt miteinander verbunden Interessensvertretungsstruktur in Deutschland an: Einerseits die Betriebsräte als Repräsentanten der gesamten Belegschaften, die jedoch nur über sehr betriebsspezifische Belange mitbestimmen konnten. Die Gewerkschaften anderseits, die zwar über Arbeitsbedingungen, Lohn und Arbeitszeit verhandeln, aber keine eigenen Vertretungen im Betrieb hatten. Der Reichswirtschaftsrat dagegen kam nie über ein vorläufiges Gremium hinaus. Dieser existierte zwar bis 1933, entfaltete aber nie eine politische Wirkung in der Weimarer Republik. Der Gedanke von Demokratisierung der Wirtschaft setzte sich in den Debatten um die »Wirtschaftsdemokratie« fort. Rudolf Hilferding (SPD) und Fritz Naphtali (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) vertraten damit die Vorstellung einer allmählichen Demokratisierung mit dem Endziel einer sozialistischen Wirtschaft. Über einen groben konzeptionellen Rahmen ist aber auch dieser Vorschlag nicht hinausgekommen.

Die Betriebsräte der Weimarer Republik waren somit Ergebnis eines Konfliktes. Die kurzzeitige Stärke der Arbeiter und Soldatenräte in der Novemberrevolution setzte zum einen die Räte auf der betrieblichen Ebene durch, ihre politische Radikalität verhinderte aber zugleich, dass sich die Gewerkschaften mit ihnen anfreunden konnten und ihnen zu viel Einfluss gewährt wurde.

FAZIT

In diesem Beitrag habe ich die Geschichte der Arbeiterbewegung am Ausgang des Krieges und der Revolution selbstverständlich mit dem Wissen vom Ende der Weimarer Republik her erzählt. Wenn ich insofern auf die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Schwächen Weimars abhebe, dann im Wissen um das Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung 1933. Demgegenüber muss man immer wieder betonen, dass Weimar gegenüber dem Kaiserreich nicht nur einen enormen Fortschritt darstellte und den Menschen viele Möglichkeiten eröffnete, sondern auch, dass der Sieg der Nationalsozialisten selbstverständlich nicht zwangsläufig war. Weimar musste nicht scheitern, aber ein Teil der Probleme wurde mit der Revolution angelegt. Und an einigen dieser frühen, problematischen Entwicklungen war die Mehrheitssozialdemokratie beteiligt. Aber auch sie war natürlich nicht für den Untergang Weimars verantwortlich (wie in es in der jüngsten Darstellung von Mark Johns »Am Anfang war Gewalt« zum Ausdruck kommt). Da in diesem Beitrag aber der Fokus auf die Arbeiterbewegung und die in den Organisationen vorhandenen und umstrittenen Demokratiekonzepte gelegt wurde, kommt der SPD eine solche Bedeutung zu. Würde man über Weimar als Ganzes sprechen, so müsste man die bürgerliche Mitte und Rechte in den Mittelpunkt stellen, von deren Protagonisten zwar viele sogenannte Vernunftrepublikaner geworden waren, deren Parteien aber gegen Ende der 1920er Jahre insbesondere unter Druck durch die NSDAP gerieten und die am Ende versuchten, Hitler durch eine Regierungsbeteiligung einzuhegen. Ein großer Teil der bürgerlichen Parteien war zwar nicht aufseiten Hitlers und hätte stattdessen 1932/33 eine gewöhnliche Militärdiktatur bevorzugt, das Scheitern der Demokratie ist aber eher dort als aufseiten der Arbeiterorganisationen zu suchen.

Die Deutungen der Novemberrevolution und die Wertungen der Mehrheitssozialdemokratie haben sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verschoben.

„…dass Weimar gegenüber dem Kaiserreich nicht nur einen enormen Fortschritt darstellte und den Menschen viele Möglichkeiten eröffnete, sondern auch, dass der Sieg der Nationalsozialisten selbstverständlich nicht zwangsläufig war.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Politik der MSPD zunächst als alternativlos betrachtet angesichts einer andernfalls drohenden Bolschewisierung. Seit den 1960er Jahren wurden dann die verpassten Chancen in den Blick genommen und hervorgehoben, dass die Räte mehrheitlich eben nicht kommunistisch orientiert waren. So sei von der SPD die Chance eines dritten Weges zwischen Revolution und Reform ausgeblendet worden. Gegenwärtig werden in der Forschung stärker die begrenzten Handlungsmöglichkeiten der Akteure in den Blick genommen und diese zurückhaltend gedeutet. So wird insbesondere der Anti-Chaos-Reflex der Sozialdemokratie, deren Furcht vor Diktatur durch eine Minderheit und die Furcht vor dem Bürgerkrieg hervorgehoben. Die sozialdemokratischen Volksbeauftragten konnten nicht frei walten, sondern standen vor den Herausforderungen einer zusammenbrechenden Gesellschaft. Insofern wundert es auch nicht, dass zumindest die Führung der Sozialdemokratie ein ambivalentes Verhältnis zur Novemberrevolution hatte. Eine positive Bezugnahme hätte vorausgesetzt, die Revolution als »Akteur« anzuerkennen, der das Kaiserreich überwand – und dies vor dem Hintergrund, dass die SPD-Spitze gegen Ende des Krieges sich mit einer Parlamentarisierung des Reiches zufrieden gegeben hätte. (Die Abdankung des Kaisers war in den Augen Eberts keine Voraussetzung mehr für die Demokratisierung). Die Akzeptanz der Revolution wiederum hätte das Bekenntnis vorausgesetzt, mit der »Politik des 4. August«, dem Burgfrieden, eine falsche Entscheidung getroffen zu haben.

Essener Volkswehr 1918 Quelle: Sammlung Ernst Schmidt. AAJB Fotosammlung.

Die Schwächen Weimars

Zwei Jahre nach der Revolution formulierte der Vorwärts, »daß der eigentliche Revolutionär großen Maßstabes der Weltkrieg war, der eine vollkommene wirtschaftliche und politische Umgestaltung naturnotwendig hervorrufen mußte, so daß das Deutsche Reich von 1920 selbst dann nicht mehr das Deutsche Reich von 1914 gewesen wäre, wenn das Kriegsglück auf die Dauer dem deutschen Heere Treue gehalten hätte«. (9.11.1920) Zusammengefasst meint dies, dass die SPD am Ende zwar die einzige Partei war, die ohne Vorbehalte zur Weimarer Republik stand, sie aber nie richtig mit deren Gründungsakt glücklich wurde. Die Kerngedanken der Novemberrevolution kann man zusammenfassen unter den Forderungen nach Nationalversammlung und Demokratie (aber in Verbindung mit Arbeiterräten), nach der Sozialisierung zumindest einiger wichtiger Industriebereiche sowie der Zerschlagung des preußischen Militarismus. Und genau hier sehe ich Fehleinschätzung aufseiten der Sozialdemokratie und verpasste Chancen. Inwieweit allerdings ein großzügigeres Ausnutzen der Spielräume den Aufstieg der Nationalsozialisten verhindert hätte, steht auf einem anderen Blatt. ■

Kurt Löwenstein und der Rätesozialismus

Frederik Schwieger

Noch heute, 100 Jahre später, scheinen die Ereignisse der Novemberrevolution für die deutsche Arbeiter*innenbewegung von überragender Bedeutung. Sie war der bedeutendste Versuch einer demokratisch-sozialistischen Revolution, der bislang in Deutschland unternommen wurde. Damals brachten die Massen auf den Straßen die überkommenden Verhältnisse des alten Kaiserreichs ins Wanken und in kürzester Zeit brach das alte Regime in sich zusammen. Allerorts war Aufbruchsstimmung zu spüren: Nach Jahren des Krieges, des Hungers und des Elends schien jetzt die Chance gekommen, alles ganz anders zu machen, die sozialistische Gesellschaft gemeinsam aufzubauen. Diese Stimmung riss Tausende mit und brachte Menschen aller Gesellschaftsschichten, bisher politisch Uninteressierte wie eher liberal Gesinnte in die Reihen der Sozialist*innen und der sozialistischen Bewegung.

Einer dieser vielen, der in diesen Tagen zum Sozialismus fand, war Kurt Löwenstein, der 1918 immerhin schon sein 33. Lebensjahr erreicht hatte. War er vor dem Krieg ein bürgerlich-liberaler Pazifist mit den Interessenschwerpunkten Reformpädagogik, Moralphilosophie und Erkenntnistheorie gewesen, so kehrte er, beseelt von den weltpolitischen Ereignissen der Kriegsjahre, als revolutionärer Sozialist und Mitglied eines Soldatenrates nach Berlin zurück. Während seine pädagogischen und philosophischen Interessen vor dem Krieg eher theoretischer Natur gewesen waren, wurde sein Denken und Handeln jetzt praktisch. Die Gestaltung bzw. Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft wurde für ihn oberstes Ziel und er schloss sich der USPD an. Innerhalb der USPD gehörte er zum linken Flügel, d.h. zu den Anhängern des Rätesystems. 1919 notierte er in einem seiner Exzerpthefte: »Das Rätesystem ist keine neue Weltanschauung, sondern die Organisationsform des Sozialismus.«[1] Diesen galt es jetzt in einem Prozess der »revolutionären Umwandlung« zu schaffen, wobei die Novemberrevolution den ersten Schritt in diesem Prozess bildete. Bemerkenswert ist, dass diese frühe und kurze rätesozialistische Phase Löwensteins bisher in der Auseinandersetzung mit ihm und seinem Werk nicht beachtet wurde.[2]

Seine Exzerpte und publizierten Texte aus dieser Zeit[3] beschäftigen sich fast alle mit Fragen der Transformation zum und der Ausgestaltung des Sozialismus. Dreh- und Angelpunkt seiner Auseinandersetzung mit der Gesellschaft bildeten dabei auch hier Bildungs- und Erziehungsfragen.

---

[1] AdsD, Nachlass Löwenstein, Kurt, 1/KLAD000018, Mappe 17: Vortrag »Rätesystem« [für einen Kursus], 13.7.1919 «

[2] Was auch damit zusammenhängen könnte, dass die hier zitierten Exzerpte und Texte allesamt nicht veröffentlicht sind und nur im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) in Bonn einzusehen sind

[3] Vgl. AdsD, Nachlass Löwenstein, Kurt, 1/KLAD000018, Mappe 17: Vortrag »Das Rätesystem«, »Zur Kulturaufgabe der Bildungs- und Erziehungsräte«, »Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen«, »Das Rätesystem in der USP«, »Zur Sozialisierung des Bildungswesens« etc.

[4] Der Text erschien 1919 in der von Ernst Däuming herausgegebenen Zeitung der Arbeiterrat, die zu der damaligen Zeit das Sammelorgan der Rätesozialist*innen und ein wichtiger Impulsgeber für die Rätebewegung war.

[5] Unter anderem existieren auch Überlegungen von Löwenstein, wie der Rätegedanke auf eine Partei, wie die USPD anzuwenden sei: Vgl. Artikel für Freiheit, »Das Rätesystem in der USPD«, vom 5.10.1919.

[6] Kurt Löwenstein, Zur Sozialisierung des Bildungswesens, in: Der Arbeiter-Rat, Nr. 8 (1919), S. 14 – 16.

[7] Ebenda.

[8] Ebenda.

Kurt Löwenstein in der Zeit des Ersten Weltkrieges Quelle: AAJB Fotosammlung

In seinem Artikel zur »Sozialisierung des Bildungswesen«[4] folgt er der Idee, das Rätekonzept auf alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche – inklusive dem Bildungswesen – anzuwenden.[5] So könnten Bildungsräte als neues verantwortliches Organ die bestehende, durch den alten Beamtenapparat geführte Verwaltung als verantwortliches Organ für das Bildungs- und Erziehungssystem ersetzen. Parallel zu den Räten im wirtschaftlichen und politischen Raum sollten die Bildungsräte in allen Bezirken und Kreisen geschaffen werden. Zusammensetzen sollten sie sich aus Jugendrat, Elternrat und Fachrat (Lehrer und Schularzt), also aus den Betroffenen bzw. fachlich Interessierten. Diese lokalen Gremien wählten Delegierte für die nächsthöhere Ebene bis hin zur zentralen Bundesebene. Löwenstein notierte: »Der Bildungsrat wird nach demokratischen Wahlrecht gewählt. Durch Vertrauen bedingte Funktionsdauer. Die weiteren Räte bis zum Volksbeauftragten sind Delegierte der vorangehenden Räteformationen.«[6] Weiterhin hält er fest: »[A]lle Macht (Lehrer und Leiterberufung, Einrichtung, Verwaltung, Disziplin, Kontrolle der Lehrpläne und -ziele) wird in die Hände der Räte gelegt.«[7] Im Rätesystem stellten die Volksbeauftragten und der Vollzugsrat die höchste Macht dar. Der Volksbeauftragte für das Bildungswesen würde nach dem Verständnis von Löwenstein »vom Bildungsvollzugsrat dem allgemeinen Vollzugsrat vorgeschlagen und von diesem ernannt. So mündet die Bildungsorganisation wieder in die Gesamtorganisation der sozialistischen Gemeinschaft ein, aus der die durch die demokratische Wahl des Bildungsrates zur Verwaltung des Sonderinteresses der Bildung hervorging.«[8]

Rätesozialistische Ideen

Die so beschriebenen Bildungsräte sollten nach Löwensteins Auffassung sofort geschaffen werden und damit ein Element des Prozesses der revolutionären Umwandlung bilden. Zuerst seien sie neben den vorhandenen städtischen und staatlichen Behörden zu etablieren, als Kontrollorgan »deren Funktionen frühzeitig zu erweitern sind, bis sie später den gesamten Verwaltungsbetrieb übernehmen können«.

Rätesozialistische Ideen wie diese spiegeln eine bestimmte kurze nachrevolutionäre Phase wieder, in der alles möglich schien, in der die Novemberrevolution nicht das Ende sondern der Anfang eines umfassenderen revolutionären Prozesses sein sollte. Wir wissen heute, dass die Ideen eines Rätekonzeptes für alle gesellschaftlichen Bereiche nie zur Anwendung kamen. Die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte wurde in den Monaten nach der Novemberrevolution nicht nach und nach ausgebaut, sondern die Räte wurden abgesetzt. Die reaktionären Kräfte in Deutschland erholten sich schnell, während gleichzeitig der revolutionäre Elan der Tage der Novemberrevolution zurückging. Die revolutionären Erhebungen schließlich, die zwischen 1919 und 1921 noch einmal an vielerlei Orten aufflackerten und die man durchaus als Verzweiflungstaten, als letztes Aufbäumen gegen diese Entwicklung verstehen kann, wurden durch die Freikorps blutig niedergeschlagen.

So könnten Bildungsräte als neues verantwortliches Organ die bestehende, durch den alten Beamtenapparat geführte Verwaltung als verantwortliches Organ für das Bildungs- und Erziehungssystem ersetzen.

Kurt Löwenstein erkannte die reaktionäre Entwicklung in Deutschland früh und betrachtete diese ziemlich nüchtern. Zum einjährigen Jubiläum der Novemberevolution notierte er in seinem Exzerptheft: »Wenn sich in diesen Tagen d(ie/as) ~~Revolution~~ Entstehen der Republik jährt, so kann die Reaktion Siegesfeiern veranstalten, denn sie hat sich überall wiederum durchgesetzt, und die Regierungs-Sozialisten sind dabei ihre Hausknechte gewesen«.[9] Doch statt sich verrückt zu machen, an der Situation zu verzweifeln oder sein Engagement einzustellen, entschied er sich dafür, im neugeschaffenen, mittlerweile relativ stabilisierten parlamentarischen System der Weimarer Republik im Sinne seiner sozialistischen Idee zu wirken.

Im Jahr 1920 zog er für die USPD in den Reichstag ein. In Berlin und insbesondere in Neukölln kämpfte er für eine Veränderung des Bildungswesens und nach der Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien machte er sich gemeinsam mit vielen anderen daran die sozialistische Erziehungsbewegung, die *Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde*, aufzubauen, welche sein großes Lebenswerk wurde.

Der Begriff der Räte, der in den Tagen der Novemberrevolution von zentraler Bedeutung für ihn war, taucht in seinem späteren Werk nicht mehr auf. Im

SPD-Parteitag in Heidelberg 1925, 2. Reihe stehend, 2. v. rechts Kurt Löwenstein Quelle: AAJB Fotosammlung

Kontext der veränderten gesellschaftlichen Voraussetzungen sollte sein Tätigkeitsschwerpunkt woanders liegen, wie er im Vorwort zur Neuauflage seiner Schrift »Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen« von 1922 auf den Punkt brachte:

»Der große Schwung, der einstmals die Masse der Gleichgültigen, Indifferenten und bis dahin Uninteressierten in den Bannkreis der sozialistischen Parteien zwang, ist dahin. Nichts ist übrig geblieben als eine neue Festigung der Reaktion und der so notwendige Klassenkampf gegen das Erstarken noch mehr gefestigter Mächte. Die große Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, die in den schwärmerischen Tagen des November 1918 so nahe schien, ist in burgfriedlicher Koalitionspolitik zerronnen. Zielbewußte Sammelarbeit, unendliche Kleinarbeit, mühseliges Eindringen in all die Kanäle der bürgerlich-kapitalistischen Macht wird die Arbeit des revolutionären Proletariats für die nächsten Jahre sein […]«.[10] ■

Im Jahr 1920 zog er für die USPD in den Reichstag ein. In Berlin und insbesondere in Neukölln kämpfte er für eine Veränderung des Bildungswesens und nach der Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien machte er sich gemeinsam mit vielen anderen daran die sozialistische Erziehungsbewegung, die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, aufzubauen, welche sein großes Lebenswerk wurde.

[9] AdsD Nachlass Löwenstein, Kurt, 1/KLAD000018, Mappe 17, Artikel für Freiheit, »Das Rätesystem in der USPD«, 5.10.1919.

[10] Löwenstein, Kurt: Erziehung und Sozialismus, Bonn-Bad Godesberg, 1976, S. 24.

Revolution, Republik und die Sozialistische Arbeiterjugend

Dörte Hein

Das Ende des Ersten Weltkrieges, die revolutionären Kämpfe im Herbst 1918 und Frühjahr 1919 und der augenscheinliche Zusammenbruch des monarchistischen Systems hinterließen den Eindruck einer sich von überlieferten Werten und Bindungen lösenden Gesellschaft. Die sich daraus ergebene Aufbruchsstimmung in das »Neue«, »Unbestimmte« und womöglich »Befreiende« erfasste vor allem die junge Generation. In den Reihen der Arbeiterjugendbewegung erwuchs, so Heinrich Eppe, ein Jugendsyndikalismus, wonach sich die Jugend in der unmittelbaren Nachkriegszeit als »Avantgarde der Arbeiterbewegung« betrachtete.[1]

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) die Ereignisse der Novemberrevolution für sich verarbeitete und welche Schlüsse sie daraus für ihr organisatorisches Handeln und ihre Positionierung zur Republik zog. Dabei wird der Blick zum einen auf die Aufbauphase und Ausrichtung der SAJ sowie ihr Verhältnis zur mehrheitssozialdemokratischen Partei gelenkt und schließlich die Bedeutung der Revolution in der nachträglichen Betrachtung näher herausgearbeitet. Dabei können die unterschiedlichen politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterjugend nur angerissen werden. Hauptsächlich werden Diskussionsansätze zur Frage der Haltung gegenüber der jungen Republik aus Sicht der Führung der Sozialistischen Arbeiterjugend in den ersten Jahren der Weimarer Republik aufgegriffen.

DIE ZEIT DER (POLITISCHEN) NEUORIENTIERUNG

Die durch Krieg und Spaltung geprägte Ausgangssituation der für die in der Mehrheitssozialdemokratie verbliebenen Jugendlichen war schwierig.[2] Personelle Verluste in der Funktionärsschicht und Teilnehmerzahl bis zum Verlust ganzer Bezirke an die USPD und KPD erschwerten den systematischen Aufbau der Arbeiterjugendvereine. Nichtsdestotrotz spricht Erich Eberts von einer erfolgreichen Reorganisationsphase, in der sich bis Ende 1919 die Anzahl der Vereine wie auch die Zahl der Abonnenten der Verbandszeitschrift verdoppelte.[3] Aus der bis dato existierenden *Zentralstelle für die arbeitende Jugend* wurde 1919 der *Verband der Arbeiterjugendvereine* gebildet. Eine im Mai 1919 stattgefundene Konferenz der Arbeiterjugendvereine erarbeitete nicht nur Form und Satzung, sondern betonte im Allgemeinen den Charakter eines Erziehungs- und Bildungsverbandes. Der SPD-Parteitag bestätigte diese Vereinbarungen einen Monat später und legte fest, dass die sozialen und arbeitsrechtlichen Fragen nunmehr den Gewerkschaften zukamen und die politischen Fragen der SPD zugesprochen wurden. Damit war »der Selbsthilfecharakter, der in den Gründerjahren zwischen 1904 und 1908 die Norddeutsche Richtung kennzeichnete, endgültig verlorengegangen.«[4] Die Mehrheit im Verband der Arbeiterjugendvereine legte ein eindeutiges Bekenntnis zur Verbundenheit mit der MSPD und den freien Gewerkschaften ab und verpflichtete sich zu einer Bildungsarbeit im Sinne des republikanisch-demokratischen Reformismus Mitgerissen von der kulturellen Aufbruchsstimmung – dem vielbeschworenen »Geist von Weimar«– sah sich die Jugend in der Verantwortung der Zukunftsgestaltung in Abgrenzung zu ihrer Elterngeneration. Auf dem Reichsauschuss des Verbandes der Arbeiterjugendvereine im Januar 1920 in Berlin wurde übereinstim-

ziehungs-
beit und/oder
tisches
Handeln

mend festgelegt, dass man sich in den von der Regierung gegründeten Ortsausschüssen beteiligen würde, um bei der Verteilung staatlicher Mittel Berücksichtigung zu finden.

Nach der Verschmelzung des mehrheitssozialdemokratischen Verbandes der Arbeiterjugendvereine mit Teilen der unabhängigen Sozialistischen Proletarierjugend zur Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) einigte man sich 1923 auf eine gemeinsame Erklärung, die bis 1933 grundsätzlich beibehalten wurde:

»Der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands erzieht seine Mitglieder im Geiste der sozialistischen Weltanschauung zu Kämpfern für die sozialistischen Ideale. Er vertritt die wirtschaftlichen, sozialistischen und kulturellen Forderungen der proletarischen Jugend. […] Er betrachtet es als seine höchste Aufgabe, unermüdlich für den wahren Völkerfrieden und für die sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.«[5]

Durch eine sozialistische Bildungsarbeit sollten die Arbeiterjugendlichen zu vernunftmäßigen Denkern erzogen werden. Politische Ausdrucksformen wie Proteste, Demonstrationen sowie die zu frühe Beschäftigung mit politischen Tagesfragen waren nicht vordergründig Teile des Erziehungskonzeptes der SAJ. Allerdings regte sich innverbandlich Protest gegen

[1] Vgl. Eppe, Heinrich; Herrmann, Ulrich (Hg.): Sozialistische Jugend im 20. Jahrhundert. Studien zur Entwicklung und politischen Praxis der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland, Weinheim/München, 2008, S.56.

[2] Zur Spaltung in der Arbeiterjugendbewegung während des I.Weltkrieges empfiehlt sich Stadelmaier, Martin: Zwischen Langemark und Liebknecht: Arbeiterjugend und Politik im I. Weltkrieg, Bonn 1986.Für die Zeit der Weimarer Republik hat Franz Walter die verschiedenen linken Strömungen der Arbeiterjugendbewegung unter dem Titel »Republik das ist nicht viel«, Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus, Bielefeld 2011, herausgearbeitet.

[3] Vgl. Eberts, Erich: Arbeiterjugend 1904.1945, Frankfurt/Main, 1980, S. 56.

[4] Eppe/Herrmann, S. 55.

[5] Walter, S.159.

dieses Postulat. Vertreter*innen der Linksopposition in der Sozialistischen Arbeiterjugend hielten es für unmöglich, durch Erziehungsarbeit ein politisches Verständnis zu wecken. Vielmehr brauche es dazu auch das politische Handeln und der damit verbundene klassenkämpferische Einsatz. Die Republik – das sei vorweggenommen – war für sie nur ein Klassenstaat der Bourgeoisie, mit dessen Überwindung das sozialistische Aufbauwerk beginnen sollte.[6] Ab Mitte der 1920er Jahre wandte sich die SAJ durch die Folgen der Hyperinflation verstärkt Fragen des sozialen und wirtschaftlichen Jugendschutzes zu. Unter anderem forderte sie 1925 gemeinsam mit der Gewerkschaftsjugend eine auf 48 Stunden beschränkte Wochenarbeitszeit, bezahlten Urlaub von bis zu drei Wochen und eine Reform der Berufsausbildung. Allerdings zeigte sich die Organisation dabei weniger kämpferisch, sondern beschränkte sich auf die Mittel der Aufklärung und Propaganda. Die Rolle einer Kampforganisation für die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend wurde den Gewerkschaften zugeschrieben. Die SAJ-Führung verfolgte auch Ende der 1920er Jahre die Idee eines demokratisch-sozialistischen Erziehungs- und Bildungsverband und verteidigte ihre Position gegen »linkssozialistische Revolutionsmythologien« einerseits und gegen »neuautoritäre Ordens- und Landknechtsmentalitäten sowohl außerhalb als auch innerhalb der eigenen Reihen«[7] andererseits. Entgegen der Auffassung Erich Ollenhauers, dass politische Entscheidungen allein bei der Partei lägen und die Arbeiterjugend Parteientscheidungen nicht in Frage zu stellen habe, beharrten viele Funktionäre der SAJ mehr und mehr darauf, sich auch mit Problemen der Tagespolitik zu beschäftigen und sich zu innerparteilichen Strategiefragen äußern zu können. Franz Walter benennt vor allem zwei Gründe, die zu dieser »Lagerbildung« in der Organisationsstruktur führten: Zum einen hatte die Heraufsetzung der Altersgrenze bei den Mitgliedern auf 20 Jahre zur Folge, dass sich eine Älterengruppe bildete, die sich für Streitfragen der Politik und der sozialistischen Theorie interessierte. Zum zweiten brachte der Parteiführung die nach der Reichstagswahl erfolgte Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers A im August 1928 viel Kritik aus den jugendlichen Reihen ein.[8] Der Hauptvorstand der SAJ positionierte sich gegenüber dieser kritischen Haltung vorerst ablehnend, indem er die »Einmischung in Parteipolitik« verurteilte und so die oppositionellen Stimmen zu unterbinden hoffte.[9] Erst auf der Reichskonferenz 1930 ließ sich der Wille zur Berücksichtigung dieses politischen Beteiligungsinteresses erkennen, indem es in einer entsprechenden Erschließung hieß:

Der SAJ Hauptvorstand hingegen appellierte an die Mitglieder der Organisation, die Bedeutung der Demokratie für den sozialistischen Kampf nicht gering zu schätzen. Das klare Bekenntnis zur Republik sollte weiterhin im Mittelpunkt stehen.

»Die Aufgaben der politischen Erziehungsarbeit sind: Weckung des politischen Interesses, Vermittlung einschlägigen Wissens und Schulung politischen Denkens. Ein wesentliches Mittel der politischen Erziehung ist die Teilnahme der Jugend an politischen Aktionen und Kundgebungen der Arbeiterschaft (z.B. Wahlkämpfe, Maifeiern, Antikriegskundgebungen, Revolutionsfeiern).«[10]

---

[6] Ebenda, S. 161.

[7] Ebenda, S. 164.

[8] Im Wahlkampf 1928 kritisierte die SPD noch unter der Parole »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer« Entscheidung der bürgerlichen Reichstagsmehrheit. Entgegen ihres Wahlversprechens stimmten die SPD-Minister und der neu gewählte Reichskanzler Hermann Müller bei der Regierungsbildung dem Bau des umstrittenen Panzerkreuzers jedoch zu.

[9] Walter, S. 165f.

[10] Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands: Bericht über die 8. Reichskonferenz des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands am 18./19. April 1930 im Volkshaus zu Lüneburg, Berlin 1930, S. 37.

[11] Theo Lüders: Jugend, Republik und Sozialismus, in: Arbeiter-Jugend, Hft. 12, Jhg. 1929, S. 265–266.

[12] Erich Ollenhauer: Die Jugend und die Revolution, in: Arbeiter-Jugend, Hft. 22, Jhg. 1919, S. 197–199.

Revolution Republik

DAS VERSTÄNDNIS VON REVOLUTION UND REPUBLIK

In der in den späten 1920er Jahren auf Kundgebungen der sozialdemokratischen Jugend verkündeten agitatorischen Losung »Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel« spiegelt sich die Hoffnung auf eine sozialistische Gesellschaft und zugleich die Enttäuschung über die Weimarer Republik wieder. Der SAJ-Hauptvorstand hingegen appellierte an die Mitglieder der Organisation, die Bedeutung der Demokratie für den sozialistischen Kampf nicht gering zu schätzen. Das klare Bekenntnis zur Republik als Errungenschaft der Revolution sollte weiterhin im Mittelpunkt der Erziehungs- und Bildungsarbeit stehen. Theo Lüders argumentierte in der Arbeiter-Jugend von 1929 gegen einen Gegensatz zwischen Sozialismus und Republik und betonte die Verantwortung der Jugend für den Aufbau einer sozialistischen Republik:

»Die arbeitende Jugend verdankt der Republik nicht nur ihre geistige und organisatorische Befreiung – sie wird als gleichberechtigt mit den übrigen Angehörigen des Staates behandelt. […] Die Republik erst hat der Arbeiterjugend die Möglichkeit zu dieser stetig wachsenden eigenen Kulturarbeit gegeben. […] Wer aber soll die Republik schützen, wenn nicht die, denen diese Staatsform Rechte gegeben hat, die ihnen bisher vorenthalten waren, also die deutschen Arbeiter, die Angestellten und Beamten: das schaffende Volk und seine Jugend? […] Wir wollen aber so stark werden, daß wir als absolute Mehrheit des Volkes die Republik zu einer sozialistischen zu gestalten vermögen. Da kann aber von einem Gegensatz zwischen Republik und Sozialismus keine Rede sein, da muß unser Wahlspruch heißen: ›Republik, das ist schon viel, die sozialistische ist unser Ziel!‹«.[11]

Kurz nach der Novemberrevolution dominierte in den Reihen der Arbeiterjugendvereine die Ansicht, dass eine politische Gleichheit nunmehr verwirklicht und die ökonomische Gleichheit nur eine Frage der Zeit sei, die man unter parlamentarischen Mehrheiten durchsetzen würde. Die Überzeugung, dass es nur einer Aufklärung bedarf, um den Sozialismus über den parlamentarischen Weg zu installieren, wurde bereits mit dem verhältnismäßig enttäuschenden Wahlergebnis der SPD zur Nationalversammlung gedämpft. Mit 37,9% ging die SPD zwar als stärkste Kraft hervor, musste jedoch ohne absolute Mehrheit in eine Koalition mit der Zentrumspartei und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) treten. Zehn Monate nach der Wahl bot Erich Ollenhauer eine Analyse der Revolutionsereignisse in der Zeitschrift *Arbeiter-Jugend* an:

»Souverän beherrschte das Volk der Arbeiter und Soldaten die Szene. […] Das Reich und die Bundesstaaten wurden zu Republiken erklärt, in denen allein die nach gänzlich freiem Wahlrecht gewählten Vertreter des Volks die oberste gesetzgebende und ausführende Gewalt ausüben. […] Über ganz Deutschland wehte die rote Fahne. Aber die rote Fahne ist das Banner des revolutionären Sozialismus, und heute sind auf dem Staatsgebäude der deutschen Revolution die schwarz-rotgoldenen Farben gehißt. […] Diese Kehrseite der Revolution […] bedeutet aber, daß Deutschland zwar ein demokratischer, doch keineswegs sozialistischer Freistaat geworden [ist].«

»Die deutsche Sozialdemokratie muß der Welt beweisen, daß die Demokratie die Vorstufe des Sozialismus, lebensfähig ist.«[12]

Zwei Jahre später ist die rückblickende Beurteilung noch immer geprägt vom Aufgreifen »enttäuschter Träume« über die verpasste Revolution. Als Reaktion darauf versuchte man die Ernüchterung in eine Hoffnung auf den zwangsläufig eintretenden Verfall des Kapitalismus zu kanalisieren. Hierbei blieb nur die Werbung für den Weg der demokratischen Republik.

Demonstration zum 25jährigen Bestehen der Arbeiterjugendbewegung im Weddinger Schillerpark, Berlin 1929.
Quelle: AAJB Fotosammlung

Demonstration der Sozialistischen Proletarier-Jugend in Berlin Neukölln um 1919–1922.
Quelle: AAJB Fotosammlung

Kompromissloser Klassenkampf

Während die einen die Republik mit ihrem parlamentarischen Antlitz als unzureichend ablehnten, fühlten sich die anderen mit dem Werden des neuen Staates, mit dessen innerer Belebung aufs engste verknüpft.

»Träumten nicht die meisten von uns von einer nun anbrechenden neuen Zeit, in der auch wirtschaftlich ein ganz Neues entstehen sollte? Wurde nicht geredet von der sofortigen Sozialisierung, von der Beseitigung des Kapitalismus und manchem anderen? Laßt das Träumen und Wünschen, das Fluchen und Hoffen. […] Der Kapitalismus ist noch nicht verfallen; im Gegenteil, der Krieg und die Nachkriegszeit war und ist für ihn eine Zeit der höchsten Blüte. […] Aber es wird eine Zeit kommen, wo eine Höherentwicklung für den Kapitalismus nicht mehr möglich ist.[…] Deshalb stellen wir Jungen uns schützend vor die schwarz-rot-goldene Republik, weil sie uns Freiheit gibt, für unsere Ideen zu wirken, weil in ihrem Rahmen, ungehindert durch irgendwelche Schranken, das Neue sich bilden und entwickeln kann.«[13]

Der gewünschte Entwicklungsgang könne nur auf der Grundlage der Demokratie gelingen. Darin waren Gewalt und die revolutionäre Aktion nicht vorgesehen, außer als letztes Mittel gegen einen konterrevolutionären Anschlag auf die Demokratie und den politischen und sozialen Grundrechten der Arbeiterklasse seitens des Bürgertums. Daraus ableitend erwuchs für den Verband der Arbeiterjugendvereine zum einen die Aufgabe »in unseren Veranstaltungen und Kursen republikanische Staatsbürger zu erziehen« und »immer wieder auf die große Verpflichtung hin[zu]weisen, daß wir jetzt in einem demokratischen Staatswesen leben«, und zum anderen der Auftrag im Rahmen der Erziehungsarbeit, »die Artikel der Verfassung zu erläutern,[…] der die Wahlen zum Reichstag regelt,[…], und der die Mitbestimmung des arbeitenden Volkes im Wirtschaftsleben sicherstellt«.[14]

Dieses Selbstverständnis der mehrheitssozialdemokratischen Jugendorganisation unterschied sich grundlegend zu dem der Freien sozialistischen Jugend, die sich 1920 in die Kommunistische Jugend Deutschlands umbenannte. In deren auf der Reichsausschusssitzung von Februar 1920 angenommenen Programm wurde die Haltung vertreten, dass die Rettung der Menschheit einzig »im entschlossenen kompromißlosen Klassenkampf zur Erringung der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft« liege und dieses Ziel könne nicht »durch noch so demokratisch gewählte Parlamente dem Klassengegner aufgenötigt werden«.[15] Die kommunistisch geprägte Arbeiterjugend verstand sich als Erziehungsgemeinschaft und im Gegensatz zur sozialistischen Arbeiterjugend auch als »Kampforganisation«.[16] Während die einen die Republik mit ihrem parlamentarischen Antlitz als unzureichend ablehnten, fühlten sich die anderen »mit dem Werden des neuen Staates, mit dessen innerer Belebung aufs engste verknüpft, – handelt es sich doch für sie um die Gestaltung der langersehnten neuen wirtschaftlichen und geistigen Lebensmöglichkeiten«.[17] Das jedoch innerhalb der Sozialistischen Arbeiterjugend Ende der 1920er Zweifel an diesem Weg laut wurden, ist eingangs dieses Absatzes gezeigt worden. Mit der stetig wachsenden nationalsozialistischen Gefahr, kam auch die Skepsis, ob dieser einzig allein mit den Mitteln des Geistes und der Moral zu begegnen sei.

[13] Karl Korn: Proletariat und Revolution, in: Arbeiter-Jugend, Oktober 1921, S. 321 – 323

[14] Rede von Erich Ollenhauer auf der dritten Reichskonferenz des Verbandes der Arbeiterjugend-Vereine 1922 in Wernigerode, in: Arbeiterjugend und Republik, Berlin 1922.

[15] Programm der Freien Sozialistischen Jugend, angenommen auf der Reichsauschußsitzung vom 14.– 16. Februar 1920, in: Die Junge Garde, Hft. 15/15, Jhg. 1920, S. 119.

[16] Ebenda.

[17] Max Westphal: Sozialistische Arbeiterjugend und Deutsche Republik, in: Unser Reichsjugendtag in Nürnberg, Berlin 1923, S. 52

In den letzten Jahren der Republik verschob sich allerdings auch in der SAJ, bedingt durch die politischen Ereignisse, der Fokus auf die politischen Aktivitäten. Politische Bildungs- und Erziehungsarbeit wurden weiter verfolgt, traten jedoch im Kampf mit Partei und anderen Organisationen gegen die Gefahr des Faschismus deutlicher in den Hintergrund als in den Jahren zuvor.

Die SAJ-Linken lehnten daher die Mitarbeit in den Formationen des Reichsbanners nicht zuletzt wegen dessen überparteilich-republikanischer Haltung ab und schlugen stattdessen die Aufstellung von Jungordnertruppen vor. Diese Forderung ablehnend, appellierte der SAJ-Hauptvorstand an die Vernunft nach dem Motto »Geist ist stärker als Gewalt«. Die Frage der Abgrenzung politischer Erziehung zu politischer Aktivität führte schließlich zu einer aktiven Gegenwehr der links-sozialistischen SAJler und damit zur Abspaltung des linken Flügels. Die Jugendlichen schlossen sich als Sozialistischer Jugendverband (SJV) der im Herbst 1931 entstandenen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) an. Folgt man Wolfgang Uellenberg-van Dawen, so können trotz der Einigkeit der sozialdemokratischen/sozialistischen Jugend- und Erwachsenenorganisationen in der gefahrvollen Einschätzung und Ablehnung des Nationalsozialismus, Differenzen in der richtigen Strategie festgestellt werden. »Die eine Konfliktlinie folgte dem Konflikt zwischen Linken und Rechten, zwischen Kritikern und Befürwortern der prorepublikanischen Haltung und Strategie der SPD. Die zweite Konfliktlinie zeigte sich im Verhältnis der Erwachsenenorganisation zur nachfolgenden Generation.«[18] In den letzten Jahren der Republik verschob sich allerdings auch in der SAJ, bedingt durch die politischen Ereignisse, der Fokus auf die politischen Aktivitäten. Politische Bildungs- und Erziehungsarbeit wurden weiter verfolgt, traten jedoch im Kampf mit Partei und anderen Organisationen gegen die Gefahr des Faschismus deutlicher in den Hintergrund als in den Jahren zuvor.[19] Abschließend sei noch Friedrich Adler, Sekretär der Sozialistischen Internationale zu Wort zu kommen, der auf dem Internationalen Jugendkongreß Ende 1932 die Verbundenheit der Arbeiterjugend mit der Demokratie hervorhob und Spaltung der Arbeiterbewegung auf die unterschiedlichen Vorstellungen vom »Glauben an die Massen« zurückführte:

»Wir Sozialisten glauben an die Massen, die sich selbst leiten, sich selbst entwickeln, die ihr Schicksal an Selbstbestimmung regeln. Wir glauben an die Demokratie in der Arbeiterklasse, an die Demokratie in der Partei.[…] Die Spaltung, in der wir uns befinden, besteht darin, daß wir das Vertrauen haben, daß trotz aller Verblendungen, die die Massen ergreifen mögen, unser Weg zum Sozialismus nur der sein kann, daß wir die Massen erziehen zu bewußten Sozialisten, daß die Partei als Ganzes und die Arbeiterklasse als Ganzes ihr Schicksal zu entscheiden hat.«[20] ■

[18] Uellenberg-van Dawen: Gegen Faschismus und Krieg. Die Auseinandersetzungen sozialdemokratischer Jugendorganisationen mit dem Nationalsozialismus, Essen 2014, S. 106.

[19] Ausführlich zum Umgang und den Widerständen der Arbeiterjugendorganisationen mit und gegen dem Nationalsozialismus in der Zeit der Weimarer Republik empfiehlt sich die vertiefende Lektüre von Uellenberg-van Dawen, Wolfgang: Gegen Faschismus und Krieg.

[20] Friedrich Adler: Demokratie und Arbeiterjugend, in: Arbeiter-Jugend, Hft. 12, Jhg. 1932, S. 361f.

Demonstration auf dem Nordwestdeutschen Jugendtag der Sozialistischen Arbeiterjugend in Lüneburg vom 20. – 21. April 1930
Quelle: AAJB Fotosammlung

it Geist und Moral gegen die national-sozialistische Gefahr?

NEUE BÜCHER

Otto Felix Kanitz, der Optimist

Günter Regneri

Heinz Weiss
OTTO FELIX KANITZ
Vom jüdischen Klosterschüler
zum Top-Roten der Zwischenkriegszeit

Wien, echomedia buchverlag, 2016
240 Seiten, Preis: 24,90 €
ISBN 978-3-903113-14-5

»Die Zukunft, die wird unser sein«, heißt es in einem in der Zwischenkriegszeit oft gesungenen Lied der Roten Falken. Der Text dieses Liedes stammt aus der Feder eines Optimisten: Otto Felix Kanitz. Über ihn hat Prof. Heinz Weiss jetzt nach »Das Rote Schönbrunn – Der Schönbrunner Kreis und die Reformpädagogik der Schönbrunner Schule« (2008) und »Freundschaft in Hietzing – Die Geschichte der Hietzinger Sozialdemokratie« (2012) sein drittes Buch im Wiener echomedia buchverlag publiziert.

Das 240 Seiten starke Buch ist aufgebaut in Form einer Collage aus 34 Abschnitten, die ich eher Segmente als Kapitel nennen würde. Darin rekurriert Weiss auf eine Persönlichkeit, die für und in der Arbeiterjugendbewegung gelebt und gewirkt hat. Eine Stärke des Buches ist, dass Weiss nicht »über« Kanitz schreibt, sondern diesen selbst zu Wort kommen lässt. So stellt Kanitz im Vorspann Hermine Weinreb vor. Dadurch gelingt es Weiss auf sympathische Weise, eine historische Person (Kanitz) durch deren eigene Beschreibung einer anderen historischen Person (Weinreb) ins Zentrum seines Buches zu stellen – ein Bild in einem Bild.

Hermine Weinreb gilt als die Mentorin von Kanitz. Eine Philanthropin stellt die Weichen, nennt Weiss es: »Es ist unbestritten, dass der berufliche Werdegang von Otto Felix Kanitz, und damit sein kometenhafter Aufstieg, in unmittelbarem Zusammenhang mit Hermine Weinreb stehen.«(S.7) Die aus begüterter bürgerlicher Familie stammende Weinreb gründet 1912 im 9. Wiener Bezirk (Alsergrund) einen Kinderfreundehort. 1918 werden die Kinderfreunde auf ihre Empfehlung hin Otto Felix Kanitz als pädagogischen Referenten einstellen. Doch bereits zehn Jahre zuvor muss Weinreb ihren Protegé kennengelernt haben, denn sie ist es, die dem damals 14-jährigen Kanitz eine kaufmännische Ausbildungsstelle besorgt, weil dieser »ihr wiederholt sein Leid klagt, die täglichen Mühen schildert und sein Desinteresse, als Installateur arbeiten zu wollen, bekundet«. (S.24)

Otto Felix Kanitz wird 1894 als drittes von vier Kindern einer bürgerlichen Wiener Familie jüdischen Glaubens geboren. Die Scheidung der Eltern führt zu heftigen Veränderungen. Der Vater konvertiert und heiratet erneut, die Söhne werden in ein katholisches Waisenhaus abgeschoben. Den Zwang zur ungewollten

Berufswahl und die Hinwendung zur Sozialdemokratie und den Kinderfreunden schildert Kanitz wiederum selbst in *Die Geschichte des Franzl Lechner*. Weiss kommentiert und erläutert den autobiografisch beeinflussten Text aus dem Jahr 1926 im gleichlautenden Segment. In *Star und Story* sowie einer Zeitleiste der *Lebensdaten Otto Felix Kanitz und Familiäres*[1] fasst Weiss das wenige Bekannte über Kanitz Privatleben zusammen.

In den folgenden Segmenten schildert Weiss Kanitz erste Stationen in der Kinderfreundebewegung: die Kinderrepublik Gmünd, in dem etwa 1400 unterernährte Wiener Kinder versorgt werden, das Schloss Schönbrunn, in dem die Kinderfreunde eine wegweisende Erzieherschule einrichten, die Monatszeitschrift *Die Sozialistische Erziehung*, in der auch Nicht-Österreicher wie Anna Siemsen, Kurt Löwenstein oder Gustav Schweitzer, um nur einige zu nennen, wichtige Beiträge zur sozialistischen Pädagogik publizieren. Weiss hatte bereits vor einigen Jahren die komplette Zeitschrift digitalisiert. Nun eröffnet er die Möglichkeit Die Sozialistische Erziehung via QR-Code einsehen zu können.(Im Buch abgedruckt auf S.78)

Kanitz' Wirken lässt sich nicht auf die Tagesarbeit bei den österreichischen Kinderfreunden reduzieren. 1922 promoviert er mit der Arbeit über »Familienerziehung, Staatserziehung, Gesellschafterziehung«. Er engagiert sich auf dem Gebiet der Sexualreform und steht in engem Kontakt zu den Akteuren der internationalen sozialistischen Erziehungsbewegung. Auch in der Heimvolkshochschule Tinz bei Gera leitet er Kurse. »Seine Seminare umfassten Themenbereiche wie sozialistische Erziehung und sozialistische Gesellschafts- und Lebensauffassung.«(S.83)

Kanitz ist ein höchst humorvoller Mensch und »seine Begabung, Menschen zu unterhalten beziehungsweise auch zu motivieren bleibt unbestritten.« (S.91) In diesem Sinne überschreibt das Einstein-Zitat *Kreativität ist Intelligenz, die Spaß hat* den Abschnitt mit Gedichten von Kanitz. Er hat sie als »Blitzdichter« zu allen möglichen und unmöglichen Situationen entwickelt. Die Fähigkeit, ad hoc zu dichten, kam ihm später im tschechoslowakischen Exil zugute. »Kanitz nützt sein Talent als Stegreifdichter und arbeitet in der Werbebranche. Unter dem Pseudonym Dr. Fritz Friedrich verdient er seinen Lebensunterhalt auch als Blitzdichter, Conférencier und Schauspieler.«(S.163) Bemerkenswert ist das »Regen A.B.C.« mit dem Kanitz auf seinen verregneten Urlaub reagiert. (Vgl. S. 89 – 90) Die Art zu dichten hat Ähnlichkeit mit einer beliebten Lehrmethode (nicht nur im DAF/DAZ-Unterricht), der sogenannten ABC-Listen-Methode.

»Kanitz' Engagement für die sozialistische Jugendbewegung in Österreich nimmt in den 20er Jahren ständig zu.« 1926 wird er zum Vorsitzenden der SAJ Wien gewählt. »Zusätzlich engagiert er sich in der Jugend-Internationale – 1925 ist er bereits der Vertreter Österreichs beim ersten Gipfeltreffen der ›Sozialistischen Jugend-Internationale‹ in den Niederlanden. […] Von 1925 bis 1934 ist Kanitz federführend in der internationalen sozialistischen Jugendarbeit, von 1932 bis 1934 agiert er maßgeblich im Büro der Sozialistischen Jugend-Internationale.« (S.116)

Zu Kanitz' großen Erfolgen gehört, dass vom 12. bis 14. Juli 1929 *Rote Jugendfahnen über Wien* wehen. Das Internationale Sozialistische Jugendtreffen bringt 50 000 Junggenoss*innen nach Wien. Kanitz ist der Hauptorganisator der Mammutveranstaltung. Es gelingt ihm, fähige junge Mitstreiterinnen und Mitstreiter für den eigens eingesetzten Aktionsausschuss zu gewinnen, darunter den damals 19-jährigen Bruno Kreisky, den späteren österreichischen Bundeskanzler. Dessen Aufgabe ist das Event-Management des künstlerischen Programms mit 2 000 Mitwirkenden und 30 000 Zuschauer*innen an neun verschiedenen Orten, quer über die Stadt verteilt. Über Kreisky schreibt Kanitz in der Auswertung: »Eine schwierige Aufgabe, die Selbständigkeit und Präzision erfordert. Und der junge Mitarbeiter, der noch nie eine so schwierige Tätigkeit geleistet hatte, nimmt die Sache in Angriff und führt sie musterhaft durch.« (S.125)

NEUE BÜCHER

Am Horizont ist bereits die Gefahr des Faschismus erkennbar. Bereits 1927 hatte Kanitz geschrieben:

Kampf dem Faschismus!

Wir wollten in Sehnsucht und Frieden baun
Und nur auf die Waffen des Geistes vertraun.
Wir schlagen nicht Wunden, wir wollen kein Blut,
In uns wirkt der Liebe versöhnende Glut.

Doch schärft ihr die Schwerter zu blutigem Streit,
So wisset und merket: Auch wir sind bereit!
Weh' dem, der unser Bauwerk bedroht!
Wir werden es schirmen auf Leben und Tod! (S.139)

1932, nachdem auch in Wien die ersten Nationalsozialisten ins Gemeindeparlament eingezogen sind, »fährt Kanitz nach Berlin, um vor Ort Solidarität und Unterstützung zu bekunden. Er hält eine Ansprache bei einer Jugendkundgebung der Eisernen Front«. (S.138) Die Reichstagswahl in Deutschland endet jedoch mit einem Wahlerfolg für die Nazi-Partei. Ende Mai 1933, nachdem schon alle Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung verboten und zerschlagen sind, verbrennen die Nationalsozialisten in Berlin Bücher, auch die von Otto Felix Kanitz.

Und auch in Österreich stehen die Zeichen auf Sturm. Doch im Gegensatz zur deutschen Arbeiterbewegung will die österreichische gegen die Errichtung einer austrofaschistischen Diktatur kämpfen. Vom 12. bis 15. Februar 1934 kommt es in Linz, Wien und anderen Zentren der österreichischen Arbeiterbewegung zum Bürgerkrieg; die Dollfuß-Regierung lässt Gemeindebauten und Arbeiterheime mit Artillerie beschießen. 196 Arbeiter werden getötet und 486 verletzt, die Regierungsseite beklagt 118 Tote und 319 Verwundete. (S.154) Kanitz ist zu dieser Zeit Leiter der zentralen SDAP-Propagandastelle. Am 12. Februar sorgt er für den illegalen Druck des »Kampfaufrufes« der SDAP. Am nächsten Tag will die Polizei ihn zu Hause verhaften, trifft ihn aber dort nicht an. Am Telefon fleht ihn seine Frau an, sich ins Ausland abzusetzen. In der Nacht vom 14. auf den 15. Februar überquert Kanitz die Grenze zur Tschechoslowakei.

Ferienkolonie Gmünd
Quelle: AAJB Fotosammlung

Otto Felix Kanitz mit Kindern des Erholungsheimes »Kolonie Gmünd«, Wien um 1920
Quelle: Kinderfreunde Österreich, Bundesorganisation

Aber Kanitz kommt mit der Exilsituation nicht zurecht. Er leidet unter der Trennung von seiner Familie. Er vermisst seine Heimatstadt Wien und fühlt sich *Fremd in der Fremde*. So beantragt er am 11. November 1935 beim österreichischen Konsulat in Brünn (ČSR) die Ausstellung eines Reisepasses und verspricht: »Ich werde mich auch, wenn ich, sei es vorübergehend, sei es dauernd in meine Heimat zurückkehre, jedweder politischen Betätigung enthalten.« (S.165)

Doch auch nach seiner Rückkehr nach Wien 1936 wird Kanitz nicht mehr froh. Von seinen politischen Freunden wird er geschnitten, seine Ehe zerbricht und nach dem »Anschluss« Österreichs an das Dritte Reich wird Kanitz am 14. Januar 1939 verhaftet und am 22. September 1939 ins KZ Buchenwald verschleppt, wo er am 27. März 1940 stirbt. (S.180)

Weiss hat im Segment *Echo* 17 Aussagen und Artikel über Otto Felix Kanitz zusammengestellt, von früheren und heutigen Funktionsträger*innen der Kinderfreunde, Historiker*innen, Weggefährt*innen, aber auch Politiker*innen. Die wohl prominenteste Persönlichkeit darunter ist wohl der bereits erwähnte »junge Mitarbeiter« Bruno Kreisky.

Spuren von Kanitz finden sich einige. Weiss hat sie zusammengestellt, angefangen von der Wiederentdeckung seiner Erziehungskonzepte durch die westdeutsche Studentenbewegung oder der Gedenktafel an einer Außenfront des Parlaments, denn Kanitz war von 1932 bis 1934 Mitglied des Bundesrates, der Zweiten Kammer des österreichischen Parlaments, um nur zwei zu nennen. Die *Bibliographie Otto Felix Kanitz 1919–1934* umfasst ganze 18 Seiten und wurde von John Bartelsen und Gerd Callesen zusammengestellt und durch Weiss ergänzt und korrigiert.

Weiss hat ein wichtiges und attraktives Buch vorgelegt. Er beschreibt darin einen Menschen, der sein Leben und seine Schaffenskraft der sozialistischen Kinder- und Jugendbewegung gewidmet hat und die Niederlage der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus letztendlich mit seinem Leben bezahlt hat. Es ist jedoch nicht einfach, dieses Buch zu erwerben. Zwar verkaufen das Archiv der Arbeiterjugendbewegung in Oer-Erkenschwick und die Kinderfreunde Österreichs es in ihren Online-Shops, aber im Buchhandel (VLB/buchhandel.de oder amazon) wird es nicht gelistet. Und selbst auf der Website des echomedia-Verlags ist es nicht zu finden. Seltsam.

[1] Leider haben sich in den Abschnitten *Lebensdaten und Familiäres* einige Widersprüchlichkeiten oder Tippfehler eingeschlichen, die bei einer Neuauflage korrigiert werden sollten.

Linke Zionisten in Auseinandersetzung mit der Komintern

Kay Schweigmann-Greve

Arbeit – Bewegung – Geschichte,
Zeitschrift für historische Studien 2017/II:
Judentum und Revolution: Der Weltverband Poale Zion zwischen Zionismus und Kommunismus
Mai 2017, 231 Seiten, Preis: 14 €
ISSN:2366-2387, ISBN: 978-3-86331-343-2

Allein schon die Wahl des Themas für dieses Heft ist verdienstvoll. Selten werden die sozialistischen Strömungen des Zionismus wahr- und ernst genommen. Jüdische wie nichtjüdische Sozialisten des 19. und 20. Jahrhunderts hatten ganz überwiegend ein ambivalentes Verhältnis zum Judentum. Während der Einsatz für jüdische Emanzipation und bürgerliche Gleichberechtigung selbstverständlich war und auch eine Mehrheit den Antisemitismus verabscheute, findet sich Sympathie für Projekte jüdischer Selbstbehauptung fast nirgends. Bereits in seinen Beiträgen »Zur Judenfrage«[1] hatte Karl Marx diese Haltung eingenommen.[2]

[1] Marx, Karl: Zur Judenfrage. In: MEW Bd.1, S.347–377.

[2] Der Staat komme, so schreibt er zu einem ihm angemesenen Verhältnis zu den Juden, wenn er sich von der Religion überhaupt emanzipiere, d.h. in religiösen Fragen neutral werde. An den Inhalten der jüdischen Religion ist er nicht interessiert (er kennt sie gar nicht), gleichzeitig benutzt er den Terminus »Jude« als Chiffre für Geldzirkulation, Kommerzialisierung und Kapitalismus. So kommt er zu der Aussage: »Die gesellschaftliche Emanzipation des Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum.« (Marx, ebd. S. 377).

NEUE BÜCHER

Kautsky, der durchaus Anteilnahme am Schicksal verfolgter Juden in Osteuropa nahm[3], meinte, das Proletariat, in dem die Juden sich möglichst schnell und rückstandslos assimilieren sollten, sei ihr bester Freund. Vom Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund mit seiner Forderung nach kultureller Autonomie, über alle territorialistischen jüdischen Parteien bis zum Zionismus konnten nationalbewusste Juden der prinzipiellen Ablehnung der Vordenker der 2. Sozialistischen Internationale und später der Kommunisten und demokratischen Sozialisten sicher sein.[4] Auch viele Juden teilten das Verdikt von der notwendigen Assimilation des Judentums spätestens in einer sozialistischen Gesellschaft und engagierten sich in den sozialistischen Parteien der Mehrheitsbevölkerung, Rosa Luxemburg oder auch Trotzki sind Beispiele hierfür.

Instruktiv ist die historische Einordnung und Hinführung zum Thema von Ralf Hoffrogge. Dieser skizziert kurz die Bedeutung der Poalei Zion (PZ) für die israelische Gesellschaft, die Kibbutzbewegung und die linken Parteien bis weit nach der Staatsgründung. Mit der Spaltung des Weltverbandes der PZ 1920 in eine – in sich wiederum inhomogene – Gruppe, die an den Siedlungsprojekten festhielt und von deren Anhängern eine beachtliche Zahl ins türkische, später britische Palästina auswanderte und denjenigen Gruppen, die sich politisch auf die 3. Internationale zubewegten und größtenteils der stalinistischen Repression oder der Shoah zum Opfer fielen. »Die Allianz mit der Komintern führte somit zur Liquidierung, nicht zur Verwirklichung jüdisch-sozialistischer Autonomie.«[5] Keiner der engagierten Akteure, die an diesen Auseinandersetzungen teilnahmen, konnte zu seiner Zeit die Stalinisierung der Komintern und die stalinistischen Säuberungen oder gar den deutschen Mord am europäischen Judentum vorhersehen, jedoch »beide veränderten« nicht nur alle späteren Auseinandersetzungen um Judentum und Revolution, sondern auch die Perspektiven sozialistischer Politik an sich.«[6]

Mario Kessler: Die Komintern und die Poale Zion 1919 bis1922. Eine gescheiterte Synthese von Kommunismus und Zionismus

In einem differenzierten Beitrag stellt Mario Kessler die Auseinandersetzung der linken Zionisten mit den Bolschewisten und der Komintern dar. Ber Borochow (1881–1917), der bereits 1906 seine eigene marxistisch-zionistische Partei Poalei Zion (Arbeiter Zions) gründete, weil er sich dem Assimilationsparadigma nicht unterwerfen wollte, hatte die theoretische Grundlage eines marxistischen Arbeiterzionismus geschaffen, der versuchte, den Interessen jüdischer nationaler Selbstbestimmung neben den anderen Völkern der Welt im Rahmen einer revolutionären Strategie Rechnung zu tragen. Unter den Bedingungen des Zarenreiches mit seiner grausamen Judenverfolgung erschienen das Konzept der jüdischen Wiederansiedlung in Palästina und der Aufbau eines jüdischen Arbeiterstaates vielen russischen Juden attraktiv. Die nichtjüdischen sozialistischen Parteien Russlands und Polens waren sich jedoch in ihrer Ablehnung des »kleinbürgerlichen« Zionismus einig und auch die größte jüdische Partei – deren Existenzberechtigung von den anderen sozialistischen Parteien durchaus selbst in Frage gestellt wurde – der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund, lehnte den Zionismus ab und sprach sich für die kulturelle Autonomie

[3] Kautsky Karl: Das Massaker von Kischeneff und die Judenfrage. In: Die neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, 1902/03, Bd. 2 S. 303–309.

[4] Vergl. Schweigmann-Greve, Kay: Wladimir Medems Position zur »Nationalitätenfrage« und zur »jüdischen Frage« im Kontext der Debatten in der internationalen Sozialdemokratie vor 1914. In Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit Bd. 20 S. 17–67 (2016).

[5] Hoffrogge, Ralf: Zum Schwerpunkt »Judentum und Revolution. Der Weltverband Poale Zion zwischen Zionismus und Kommunismus« Arbeit Bewegung Geschichte. Zeitschrift für Historische Studien (im Weiteren ABW) 2017/II, S. 13.

[6] Hoffrogge, ebd. S. 14.

[7] Vergl. Schweigmann-Greve, Kay: Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Russland zwischen der Februar-Revolution und der Sprengung der Konstituierenden Versammlung 1918. In: Hedeler, Wladislaw: Die Russische Linke zwischen März und November 1917, Karl Dietz Berlin 2017, S. 124–159.

… die von Anfang an angelegte Unvereinbarkeit zwischen einer auf die Weltrevolution hoffenden kommunistischen Bewegung […] die gerade linke Zionisten für eine besonders gefährliche Maskierung von Imperialismus und Kolonialismus hielt, und andererseits einer jüdischen Arbeiterbewegung, die sich eine sozialistische Revolution, die ihre Probleme als Arbeiter und Juden lösen werde, nur auf einem eigenen Territorium vorstellen konnte.

der Juden im russischen Reiche aus. Viele jüdische Arbeiterinnen und Arbeiter organisierten sich daher bei den Poalei Zion, die in Abgrenzung zur bürgerlichen zionistischen Bewegung für territoriale jüdische Selbstbestimmung eintraten. Die Arbeiterzionisten entwickelten sich schnell zur zweitgrößten jüdischen Partei mit vielen Zehntausend Mitgliedern. Mit der Beseitigung der Zarenherrschaft im Februar 1917 und der alsbaldigen Aufhebung der judendiskriminierenden (über 650) Sonderbestimmungen gewann jedoch die Perspektive jüdischer Fortexistenz in einem befreiten Russland plötzlich an Attraktivität. An dieser Stelle beginnt Kesslers Betrachtung.

Die Mehrheit der jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützten nicht die Bolschewiki, sondern die anderen sozialistischen Parteien, den Bund und die Menschewiki, die zur Wahl zur Nationalversammlung mit einer gemeinsamen Liste antraten. Auch bei den Sozialrevolutionären, der Hauptvertretung der russischen Bauern, spielten Juden eine Rolle. Während der militärischen Machtergreifung der Bolschewiki und der Auflösung der demokratisch gewählten Nationalversammlung stand die Mehrheit auch der sozialistisch wählenden Juden nicht bei den Bolschewiki.[7] Wie Kessler zutreffend anmerkt, gewannen diese erst während des Bürgerkrieges und unter dem Eindruck der Pogrome der Weißen Garden vermehrt jüdische Unterstützung. Verübten doch auch die »Roten« gelegentlich Pogrome, insgesamt waren sie jedoch unter den schlechten Alternativen die bessere.

Zu ergänzen wäre an dieser Stelle, dass abgesehen von der massiven Repression der Bolschewiki gegen Menschewiki, Bund und die sonstigen sozialistischen Parteien ein erheblicher Teil der in diesen Parteien organisierten Juden angesichts der deutschen Novemberrevolution 1918 meinten, Lenin und Trotzki hätten wohl doch Recht gehabt, die Weltrevolution stünde nun bevor, und suchten als Abspaltungen ihrer Parteien oder als Einzelpersonen die Aufnahme in die russische KP.

Vor diesem Hintergrund fanden die Auseinandersetzungen unter den Arbeiterzionisten statt, die zur Jahreswende 1918/1919 zur Spaltung führten: Während der »rechte« Flügel den Parteinamen »Jüdische Sozialdemokratische Arbeiterpartei – Poalei Zion« beibehielt und weiterhin für das Siedlungsprojekt in Palästina eintrat, konstituierte sich die »Jüdische Kommunistische Partei-Poalei Zion« neu. Diese strebte die Aufnahme in die Komintern an. Kessler zeichnet nun akribisch die Verhandlungen dieser Gruppierung – deren Mitglieder im russischen Bürgerkrieg als »Borochow-Brigaden« auf Seiten der Bolschewiki kämpften – mit der Komintern nach. Zunächst legte die JKP-PZ den Schwerpunkt der Arbeit auf den Aufbau der Sowjetunion, ohne das Siedlungsprojekt in Palästina – wie es die Forderung der Komintern war – vollständig aufzugeben.

Wie polarisiert die Debatte war, lässt sich am Abstimmungsergebnis über die Frage des Beitritts zur Komintern auf dem Kongress des Weltverbandes Poalei

NEUE BÜCHER

Zion – der der Zweiten Internationale angehörte (!) – am 27. Juli 1920 in Wien ablesen: 178 Delegierte stimmten für den Beitritt und 179 Delegierte enthielten sich, Gegenstimmen: keine. Der spätere israelische Ministerpräsident Ben Gurion, Leiter der Delegation aus Palästina, enthielt sich der Stimme. Die Poalei Zion spaltete sich, verließ die 2. Internationale, zu einem Beitritt der Linken zur 3. kam es kurzfristig dennoch nicht, da man die zentralistische Parteistruktur dort ablehnte und die Komintern ihrerseits die Aufgabe des Siedlungsprojektes zur Voraussetzung machte. Interessant sind die einzelnen Schritte der Verhandlungen zwischen dem neukonstituierten Weltverband der Linken Poalei Zion, die sich selbst als kommunistisch verstand, und der Komintern. Sie ist ein für linke Debatten geradezu paradigmatisches Beispiel für die völlige Weigerung, sich inhaltlich auf die jüdische Perspektive einzulassen, verbunden mit der Bereitschaft auf jüdischer Seite, (fast) jede Verrenkung und Selbstverleugnung mitzumachen, um dazu gehören zu dürfen. So hier der Versuch, zwischen dem Jischuw, den in Palästina lebenden jüdischen Arbeitern, und dem Zionismus zu unterscheiden – obwohl diese doch unverkennbar mit zionistischer Motivation dorthin gekommen waren, um den sozialistischen Judenstaat aufzubauen. So sah sich die entstehende (rein jüdische) kommunistische Bewegung in Palästina vor die Aufgabe gestellt, sich zu »arabisieren«, d.h. arabische Arbeiterinnen und Arbeiter für die Sache des Kommunismus zu gewinnen. Die Araber zeigten sich jedoch zunächst abweisend: sie weigerten sich größtenteils überhaupt zwischen den »gottlosen Zionisten« und den »gottlosen Kommunisten« zu unterscheiden. Überhaupt fand eine Übernahme der kommunistischen Kritik am Zionismus, dieser sei die »Vorhut« des reaktionären britischen Imperialismus, durch die arabische Welt erst seit den Fünfzigerjahren statt, bis dahin bekämpfte man im Zionismus den eindringenden materialistisch-atheistischen Westen[8], ergo: die säkulare Moderne.

Nachdem 1922 die Verhandlungen zwischen der Komintern und der Linken Poalei Zion letztlich daran scheiterten, dass die KI den Beitritt einer weltweit aktiven jüdisch-kommunistischen Organisation und die Ansiedlung von Juden in Palästina ablehnte, gründete sich 1924 die Kommunistische Partei Palästinas – in Konkurrenz zur Linken Poalei Zion, die ebenfalls das »Heimatland aller Werktätigen« unterstützte, nur dessen Position zur »jüdischen Frage« für einen Irrtum hielt.

Abschließend konstatiert Kessler die von Anfang an angelegte Unvereinbarkeit zwischen einer auf die Weltrevolution hoffenden kommunistischen Bewegung, die meinte, bereits in Kürze Ausbeutung, Unterdrückung und auch den Antisemitismus im Weltmaßstab abschaffen zu können und die gerade linke Zionisten für eine besonders gefährliche Maskierung von Imperialismus und Kolonialismus hielt, und andererseits einer jüdischen Arbeiterbewegung, die sich eine sozialistische Revolution, die ihre Probleme als Arbeiter und Juden lösen werde, nur auf einem eigenen Territorium vorstellen konnte.

Für die Beschäftigung mit der Geschichte des äußeren linken Flügels des Arbeiterzionismus bietet das Heft 2017/2 von *Arbeit Bewegung Geschichte* weitere sehr anregende Beiträge. An dieser Stelle sei noch auf die Beiträge von Jan Rybak zum Thema *Sozialistischer Zionismus in der europäischen Revolution 1917 bis 1923. Widersprüche emanzipatorischer Identitäten,* von Christian Dietrich *Zwischen Sowjetrussland und Eretz Israel. Die Radikalisierung des Österreichischen Arbeiterzionismus* sowie von Orel Beilinson über *das Judentum, Islam und Russische Revolution. Betrachtungen aus der Sicht vergleichender Geschichtswissenschaft* hingewiesen. Aufgrund des beschränkten Platzes musste auf die Besprechung dieser drei Beiträge verzichtet werden, und doch seien diese den Leserinnen und Lesern nicht zuletzt aufgrund der umfänglichen Literaturverweise ebenfalls ans Herz gelegt.

[8] Vergl. Grigat, Stephan: Die Einsamkeit Israels. Zionismus, ie israelische Linke und die iranische Bedrohung. Konkret, Hamburg 2014, S. 65 f.

Anna Siemsen. Eine frühe, überzeugte Europäerin

Heidi Behrens

Alexander J. Schwitanski (Hg.)
Anna Siemsen.
Aspekte eingreifenden Denkens.
Essen: Klartext-Verlag, 2016
Archiv der Arbeiterjugendbewegung,
Schriftenreihe, Bd. 22
166 Seiten, Preis: 17,90 €
ISBN 978-3-8375-1693-7

Der Sammelband geht auf ein Symposion zu Ehren der Pädagogin und Politikerin Anna Siemsens im Jahr 2012 zurück. Bis auf zwei sind alle damals geladenen Referent*innen vertreten. Die inhaltlichen Beiträge, das sei vorweggenommen, dokumentieren wichtige, überraschende Ergebnisse in komprimierter Form.[1]

Alexander J. Schwitanski, der Herausgeber, veranschaulicht in seiner Einleitung *Das Faszinosum der Intellektuellen* Siemsens »eingreifendes Denken«, das meint ihre vielfältigen weitreichenden Interessen, ihre ungeheure publizistische Produktivität, besonders nach dem Ersten Weltkrieg, während der Schweizer Emigration und noch in den von Zurücksetzungen beschwerten Hamburger Jahren ab 1946. Wir erfahren, dass Siemsen, geb. 1882, eine eigensinnige Sozialdemokratin war, davon zeugt u. a. ihr vorübergehender Wechsel zur USPD und später zur SAP; auch beruflich blieb sie mit ihrem nicht nachlassenden Reformeifer unbequem. (S. 9) Nach dem Wahlsieg der NSDAP in Thüringen verlor sie 1932 ihre Anstellung an der Universität Jena und flüchtete im März 1933 in die Schweiz. In der deutschen Geistesgeschichte sei sie als linksintellektuelle Frau ignoriert worden, insofern gelte es noch immer, Versäumtes nachzuholen. Die Studien der letzten Jahre hält Schwitanski in dieser Hinsicht für richtungsweisend.[2]

Im Beitrag von Alexandra Bauer *Gescheiterte Remigration? Eine sozialistische Pädagogin in der Hansestadt Hamburg* (S.17–36) wird Siemsens letzte Lebensphase bis 1951 entfaltet. Für die Übersiedlung nach Norddeutschland habe mehreres gesprochen: familiäre Bindungen (ihre Schwester lebte in Hamburg), die politischen Verhältnisse (britische Besatzung; SPD-Stadtregierung) und insbesondere die Stelle einer Oberstudienrätin mit der Aussicht auf eine Pädagogik- oder Literatur-Professur. In der Kultusbürokratie und in der Universität taten sich indes Widerstände auf, dabei scheinen ihre Schweizer Staatsbürgerschaft und ihr Alter, primär aber wohl ihre sozialistische Einstellung

[1] Siehe den Tagungsbericht von Dimitrij Owetschkin auf der Seite des Archivs: http://www.arbeiterjugend.de/18-depot/86-kritische-beitraege-zur-paedagogin-anna-siemsen.html

[2] Beispielsweise Manuela Jungbluth, Anna Siemsen – eine demokratisch-sozialistische Reformpädagogin. Frankfurt a. M. 2012; Marleen von Bargen, Anna Siemsen (1882–1951) und die Zukunft Europas. Stuttgart 2017.

NEUE BÜCHER

ausschlaggebend gewesen zu sein. Der Beamtenstatus wurde ihr verweigert, und bis zu ihrem Tod bot man ihr lediglich Lehraufträge und Kurse an. Für Bauer bestätigt der Fall Anna Siemsen die »zweifache Verdrängung«, (S.35) mit der sich Remigrant*innen im Nachkriegsdeutschland häufig konfrontiert sahen.

Das in Anna Siemsens *Œuvre* wie in diesem Band zentrale Thema »Europäische Einigung« wird zuerst von Marleen von Bargen mit *Menschheitsgemeinschaft Europa* vorgestellt. (S.37–53) Der europäische Gedanke sei ein Bestandteil in Siemsens »Ordnungsvorstellungen« gewesen, und in ihren Texten habe sie nach 1918 das Ziel eines Verbunds freier und gleicher Menschen jenseits von Nationen immer pointierter verfochten. Hierin drücke sich Siemsens utopisches Denken aus, eine Art Bezugsrahmen für die Summe ihrer politischen Einsichten. In zahlreichen Schriften der 1920er Jahre knüpfte Siemsen ihre Fortschrittsideen in der Tat zunehmend an eine überstaatliche und »freiwillige Vereinigung der Menschen zu gleichen Zielen.« (S.41) Ein Zusammenschluss war für sie aber nur nach Überwindung des Kapitalismus vorstellbar. Der Anstoß zu solcher Vergemeinschaftung müsse, so Siemsen, durch Erziehung und Bildung geweckt werden. Unter anderem aus der europäischen Literaturgeschichte bezog sie die Gewiss-heit gesellschaftlicher Emanzipationsprozesse. Von Bargen fügt hier und da kritische Zwischentöne ein, etwa wenn sie bemerkt, wie wenig konkret Siemsens Einigungsvorstellungen geblieben sind oder wer aus diesem Europa ausgeschlossen werden sollte (England; Russland). Zudem sei der Begriff »Weltgemeinschaft« in den Texten der Zwischenkriegszeit eher verschwommen geblieben. Der deutlichste Kritikpunkt bezieht sich aber auf Siemsens Distanz gegenüber der Weimarer Republik; sie habe die Europaidee sozusagen »funktionalisiert«, (S. 53) um die damaligen Verhältnisse grundsätzlich in Frage zu stellen.

Detailliert (und mit einem beachtlichen Anmerkungsapparat) richtet Francesca Lacaita den Blick auf *Anna Siemsen im Kontext der föderalistischen europäischen Bewegung.* (S. 83–133) Ihr Beitrag behandelt Siemsens Kontakte und Netzwerke vor, im wie auch nach dem Exil. Anders als von Bargen interpretiert sie das Engagement für die europäische Einigung nicht als Mittel zum Zweck, sondern erkennt darin ein am Ende der Weimarer Republik angelegtes, später am Schweizer Modell gereiftes, wenngleich nicht widerspruchsfreies Konzept. Fortschritt bedeutete demnach die Neuorganisation Europas als solidarische Föderation, eng verzahnt mit den Interessen der Arbeiterklasse. (S.106f) In der Schweiz wurde Siemsen ideologischer Differenzen zum Trotz Mitglied in mehreren proeuropäischen Gruppierungen und Exilzusammenschlüssen. Föderalistische Zielsetzungen seien immer wichtiger geworden (vgl. S.117) und hätten mit leicht veränderten, antikommunistischen Nuancen ihre politische Haltung im Nachkriegsdeutschland weiter bestimmt.

Ein Zusammenschluss war für sie aber nur nach Überwindung des Kapitalismus vorstellbar. Der Anstoß zu solcher Vergemeinschaftung müsse, so Siemsen, durch Erziehung und Bildung geweckt werden.

Bildung und Literatur im Werk von Anna Siemsen, der Aufsatz von Christoph Sänger, (S.55–81) beginnt mit der Geschichte des Lesens, bevor er auf Anna Siemsens enges Verhältnis zu Büchern eingeht. Für sie sei die (stets aktuelle) Frage wesentlich gewesen, welche Literatur jungen Menschen helfen könne, sich die Welt zu erschließen. Der Autor schlägt einen Bogen zu Siemsens Herkunft, einem evangelischen Pfarrhaus am Stadtrand von Hamm, in dem alle fünf Kinder zu »Leseratten« wurden. So wundert ihn nicht, dass Anna Siemsen Literatur und Dichtung höher bewertete als die Erträge der Wissenschaft. Sie lehnte »Zerstreuungs- und Betäubungsliteratur« ab und favorisierte realistische bis gesellschaftskritische Werke; nur diese dienten nach ihrer Auffassung der »Höherentwicklung der

Menschheit«. Das Lesen verlange jedoch Anstrengung und Vertiefung. Solche Ernsthaftigkeit bescheinigte sie den 1919 gegründeten Volkshochschulen, während sie das öffentliche Schulwesen überaus kritisch beurteilte. Die Lese- und Kulturprogramme der organisierten Arbeiterjugend und die experimentelle Bildungspraxis der weltlichen Schulen erwähnt Sänger in diesem Zusammenhang nicht, obwohl Anna Siemsens Einfluss gerade auf diese Erziehungsfelder kaum unterschätzt werden kann.

Wolfgang Keim, der als Hochschullehrer und in seinen Veröffentlichungen das Bild dieser Vordenkerin einer dezidiert sozialistischen Reformpädagogik mitgeprägt hat, schreibt über *Die Bedeutung Anna Siemsens in der Erziehungswissenschaft* von ihrer aktiven Zeit und bis in die Gegenwart. (S. 135 – 152) Ihre Funktionen und Anstellungen im Berlin und Jena vor 1932 – nach den Jahren als Lehrerin, Oberschulrätin und Dezernentin im Rheinland – seien von mäßigem Status und meist kurzfristig gewesen. Als Referentin und Publizistin hätte sie »im Wesentlichen« ein außeruniversitäres Milieu erreicht, nicht aber in den geisteswissenschaftlich ausgerichteten Erziehungswissenschaften Fuß fassen können. (Vgl. S. 137) Die Missachtung durch Kollegen habe sich nach 1945 fortgesetzt, davon nimmt Keim Heinz-Joachim Heydorn, einen Vertreter der Kritischen Bildungstheorie, aus. Die Wiederentdeckung Anna Siemsens durch die Studentenbewegung habe nichts daran geändert, dass sie weder als Erziehungstheoretikerin noch als Reformpädagogin angemessen gewürdigt worden sei. (S. 147) Nachzutragen wären hier in den 1970er Jahren in Frankfurt a. M. im Sinne ihrer Pädagogik Lehrende, vor allem Walter Fabian und Berthold Simonsohn, Weggefährten aus der SAP, sowie Hildegard Feidel-Mertz und Ferdinand Brandecker. Keim hebt wie Schwitanski an Siemsens Biografie hervor, wie sehr sie Theorie mit Praxis verband und Wirkungsmöglichkeiten suchte. Ihre Bedeutung heute zeigt sich für ihn nicht in »blinder Nachfolge«, vielmehr in der Fortsetzung »kritischer Reflexion«. (S. 150)

Den Band beschließt Alexander J. Schwitanski mit strukturierten Informationen zur Sammlung Anna Siemsen im Archiv der Arbeiterjugendbewegung. (S. 153 – 166) Einen wertvollen Grundstock bilden nach wie vor die Recherchen Ralf Schmölders. Verfügbar sind Schriften, Korrespondenzen, Nachrufe, Fotos und vieles mehr, einiges online. Außer in Oer-Erkenschwick werden Nachlassspuren im Archiv der Sozialen Demokratie und anderswo verwahrt.

Die Veröffentlichung ist bestens geeignet, bei historisch-politisch Interessierten Neugier zu wecken (schade, ein Autor*innenverzeichnis fehlt). Quellen und unterschiedliche Deutungen eröffnen dem Leser/der Leserin eine teils neue Sicht auf die in der sozialistischen Jugendarbeit bekannte Pädagogin und Pazifistin. Und etliches ist nicht ausgeforscht: weitere Facetten ihres Wirkens (dazu gehören Erwachsenen- und Berufsbildung) oder auch die Rezeptionsgeschichte ihrer Ideen und Schriften. Im strengen Sinn vergessen ist Anna Siemsen m. E. allerdings nicht. So gibt es manche Präsenz im öffentlichen Raum, d. h. Straßen, Wege und Schulen tragen ihren Namen, die Universität Hamburg hat 2012 im Rahmen einer Feierstunde einen Hörsaal nach ihr (um)benannt. Und eine Erinnerungstafel findet sich am Hotel »Alte Mark«, Anna Siemsens Elternhaus in Hamm.

AUS DEM ARCHIV

ARCHIVPÄDAGOGIK – DER ERSTE EINSATZ

Sophie Reinlaßöder

Seit Mitte Februar 2018 bin ich als Archivpädagogin neu im Team und freue mich sehr auf die zukünftige Tätigkeit im Archiv. Davor absolvierte ich ein Volontariat im Bereich Museumsvermittlung im Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart. Dort plante und führte ich Bildungsangebote für Schulklassen durch, erarbeitete eine partizipative Ausstellungsintervention mit Geflüchteten und konzipierte didaktische Materialien zum Thema Zwangsarbeit. Hier im Archiv warten nun neue Aufgaben auf mich: Ich werde an dem zweiten Teil des Readers zur Geschichte der Arbeiterjugendbewegung nach 1945 arbeiten, Workshops für Jugendliche und Kinder organisieren und den Kontakt zu Schulen in der Region ausbauen.

Um einen Eindruck über mein Arbeitsfeld zu vermitteln, möchte ich von meinen ersten Workshop für die Falken berichten. Im Sozialistischen Bildungszentrum im Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick findet regelmäßig die Gruppenhelfer*innenausbildung (kurz GruBi) statt. An sechs Wochenenden werden den Teilnehmenden praktische und theoretische Grundlagen für die Gruppenarbeit mit Kindern und Jugendlichen nach Maßgabe der Jugendleiter*innencard (JuLeiCa) und der Beschlüsse der SJD – Die Falken vermittelt. Im Rahmen der Ausbildung ist auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Arbeiter*innenjugendbewegung vorgesehen und so wurde das Archiv für einen Workshop angefragt. Gemeinsam mit Pascal Schultheis, Bildungsreferent im Salvador-Allende-Haus und Verantwortlicher für die GruBi, entschieden wir uns den Jugendlichen zur Einführung einen Ausschnitt aus dem Film »Volk von morgen« von 1955 zu zeigen. Dieser Film ist eine Verknüpfung von Spielfilm und Dokumentation und berichtet vom Arbeiterjugendtag 1955 in Dortmund sowie dem Leben im Zeltlager.[1] Nach kurzem Gespräch über den Film konnten die

Jugendlichen an jeweils zwei von vier unterschiedlichen thematischen Workshops teilnehmen. Die Workshops behandelten vier grundlegende Debatten und Themen im Verband: Antimilitarismus, Feminismus, Arbeit und Ausbeutung, Antifaschismus. Zu den Themen stellte ich verschiedene Quellen aus dem Archiv zusammen: Diese bestanden vor allem aus Zeitungsausschnitten, Plakaten und Texten. Zusätzliche Diskussionsfragen sollten ein Gespräch über das Quellenmaterial und den Gegenwartsbezug zwischen den Jugendlichen anregen. Die Workshops wurden von Honorar-Teamer*innen des Salvador-Allende-Hauses und mir durchgeführt. Ich leitete den Workshop zu Feminismus und wir beschäftigten uns mit der ersten Konferenz für sozialistische Mädchenarbeit 1979, der Rolle der Frauen im Verband und der Bedeutung von Feminismus im heutigen Alltag.

Es fand ein offener und anregender Austausch zwischen den Workshop-Teilnehmenden statt und das empfand ich als sehr bereichernd. Zum Abschluss des gemeinsamen Nachmittags führte ich die Gruppe durch das Archiv und die Jugendlichen erhielten einen Einblick in die unterschiedlichen archivischen Arbeitsbereiche. Nach diesem ersten Einsatz als Archivpädagogin bin ich neugierig und gespannt auf alle folgenden und freue mich noch ein Stück mehr Teil des Archivteams sein zu dürfen.

[1] Der Film wurde bereits von Stefan Moitra in den *Mitteilungen* 2013, S. 10–15 besprochen.

KEINE KOMPROMISSE MEHR – DIE LAGERUNG VON TRANSPARENTEN IM ARCHIV DER ARBEITERJUGEND-BEWEGUNG

Dörte Hein

»Asyl keine Kompromisse« – so lautet der Schriftzug auf einem Transparent der Berliner Jungsozialisten, das im Zuge des Asylkompromisses von 1993 als Protestreaktion auf die zustimmende Haltung der SPD zum Vorschlag der schwarz-gelben Regierungskoalition für die Neuregelung des Asylrechts erstellt wurde. Ein Thema, das tagespolitisch aktueller denn je erscheint. Dieses Objekt konnte jüngst zusammen mit weiteren 45 Transparenten von linken Jugendorganisationen und -verbänden in der Textiliensammlung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung verzeichnet, verpackt und in einer neuen Regalkonstruktion fachgerecht gelagert werden.

Die häufig individuell angefertigten Einzelstücke sind Zeugnisse und Ausdruck der politischen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen auf Demonstrationen und anderen öffentlichen Veranstaltungen des 20. Jahrhunderts. Damit besitzen Transparente eine starke jugendkulturelle und -politische Aussagekraft mit hohem musealem Wert und sollten langfristig erhalten bleiben.

Bislang fand im Archiv nur eine provisorische Lagerung der Transparente statt, indem diese gefaltet in Schutzpapier verpackt in den für die Aktenbestände vorgesehenen Rollregalen aufbewahrt wurden. Durch die ungünstige Aufbewahrung bestand die Gefahr, dass die Farbschichten auf den z. T. aus minderwertigem Gewebe bestehenden Transparenten abblätterten oder auch der Stoff zusammenklebte. Der Umgang mit den großformatigen Archivalien stellte sich zunehmend als schwierig heraus, da sich in den Magazinen kein geeigneter Ort für die dauerhafte Aufbewahrung finden ließ. Aus diesem Grund konnte ein Großteil der ins Archiv gegebenen Transparente noch nicht erschlossen und damit auch nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Transparent mit dem Schriftzug »Fest der Freundschaft. 1. Mai«, 1. Mai 1988, gestaltet von der S[ozialistische] J[ugendgruppe]-Gruppe Eimsbüttel-Nord des Hamburger Kinder- und Jugendverbandes SJD – Die Falken. Maße: H × B 140 × 365 cm, Signatur: AAJB TS 100

Transparent mit dem Schriftzug »Asyl keine Kompromisse«, 1993, gestaltet von den Jungsozialisten in der SPD, Landesverband Berlin im Zuge der Debatte um den »Asylkompromiss« Maße: H × B 260 × 135 cm · Signatur: AAJB TS 148

AUS DEM ARCHIV

2 Wandregale für textile Überformate bis zu einer Breite von je 120 cm im Magazin 2

Wandregale für textile Überformate bis zu einer Breite von je 240 cm im Magazin 2

Die Wandregale wurden im Magazin2 über eine Breite von 680cm bzw. 300 cm angebracht. Darin können Transparente/Fahnen mit einer Breite bis zu 2,10 m zukünftig gelagert werden. Dafür wurden vier Wandschienen an die Wand gebohrt, die jeweils mit fünf U-Trägern bestückt wurden. Das Lagerungskonzept sieht vor bis zu zwei Rollenkerne mit je drei übereinander gerollten Transparenten/Fahnen pro Regaletage aufzubewahren. Die Größe der U-Träger ließe jedoch auch einen weiteren Rollenkern pro Regaletage zu, so dass bei Bedarf die Lagerungsfläche um ⅓ vergrößert werden könnte. Das gegenwärtige Konzept ermöglicht eine Lagerung von 60 textilen Überformaten.

Im letzten Jahr wurde mit Hilfe der Koordinierungsstelle für die Erhaltung schriftlichen Kulturgutes (KEK) eine finanzielle Lösung für das Lagerungsproblem gefunden. Unter dem Schwerpunktthema Das besondere Format unterstützte die KEK im Jahr 2017 mit Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und der Kulturstiftung der Länder (KSL) deutschlandweit ausgewählte Modellprojekte zur Erhaltung des schriftlichen Kulturguts. Außergewöhnliche Objekte wie Beutelbücher, riesige Folianten, meterlange Karten oder eben auch selbstgestaltete Transparente standen dabei im Mittelpunkt. Allerdings stellte sich im Zuge dieser aussichtsreichen Finanzierungsmöglichkeit die Frage, welche Form der Lagerung in den Magazinräumen überhaupt machbar sei.

Die Fachgruppe Grafik, Archiv- und Bibliotheksgut im Verband der Restauratoren (VdR) legte bereits vor 15 Jahren einen für unser Archiv ebenfalls brauchbaren Lösungsvorschlag vor, der in großen Teilen nun auch umgesetzt wurde.

Demnach wurden die Objekte dauerhaft auf Materialrollen (Hartpapierhülsen) mit Trennschutzpapier (säurefrei/alterungsbeständig) gerollt und auf ein an Wandschienen befestigten Regal gehangen. Dabei kann auch die Länge der Materialrollen (1m und 2m) der Größe des Objektes entsprechend angepasst werden. Die Lagerung der aufgerollten Objekte in der hängenden Position beugt zukünftigen Druckstellen und/oder Farbrissen vor. Die Textilien werden final mit Schutzfolien (Textilienpapier) eingeschlagen, wodurch diese vor Staubablagerungen und Feuchtigkeitsschäden geschützt werden können. Die Metallregalschienen haben den Vorteil, dass sie einer optimalen Freiflächenausnutzung in den vorhandenen Magazinräumen dienen und entgegen den Rollregalen eines geringeren Reinigungsaufwandes bedürfen. Außerdem können nun die freiwerdenden Flächen in der Rollregalanlage für entsprechend passendes Archivgut verwendet werden.

»Kompromisse« muss nun auch das Archiv der Arbeiterjugendbewegung bei der Aufbewahrung von einzigartigen Objekten seiner Textiliensammlung nicht mehr eingehen.

INFO

AN DIE MITGLIEDER DES FÖRDERKREISES »DOKUMENTATION DER ARBEITERJUGENDBEWEGUNG«

Information zur Verwendung der Mitgliederdaten entsprechend der Europäischen Datenschutzgrundverordnung

Am 25. Mai 2018 trat die Europäische Datenschutzgrundverordnung in Kraft und damit das neue Bundesdatenschutzgesetz. Sie gelten auch für den Umgang unseres Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« mit den Daten unserer Mitglieder.

Verantwortlich für den Schutz der Daten vor unberechtigter Weitergabe an oder Verarbeitung durch Dritte ist der Vorstand, vertreten durch den Vorsitzenden.

Mit der Beitrittserklärung sind dem Förderkreis die folgenden Daten zur Verfügung gestellt worden:

Name, Vorname, postalische Adresse, Email Adresse, Telefonnummer, Faxnummer, Geburtsdatum.

Höhe des Mitgliederbeitrages und Form der Beitragsleistung.

Für das SEPA Lasteneinzugsverfahren Ihre/Deine Kontodaten: IBAN, BIC, Bank, Kontoinhabende Person.

Diese Daten werden ausschließlich für die Zwecke des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung«, des Archivs der Arbeiterjugendbewegung, und der SJD – Die Falken in der nachfolgenden Form erhoben, elektronisch gespeichert und verwendet:

Einladungen zu den Mitgliederversammlungen, zu Veranstaltungen des Förderkreises und Archivs zur Information zur Information zu besonderen Veranstaltungen anderer, soweit sie dem Vereinszweck entsprechen,

Versendung der Vereinszeitschrift *Mitteilungen* sowie von Geburtstags-Emails,

und schließlich zum **Einzug** des Mitgliederbeitrages bzw. zur **Rechnungserstellung** für den Mitgliederbeitrag.

Nach Ausscheiden aus dem Verein, werden die persönlichen Daten automatisch gelöscht.

Bei Fragen und Anmerkungen stehen die Geschäftsführung und der Vorstand des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« gerne zur Verfügung.

Dörte Hein
für die Geschäftsführung des Förderkreises
»Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung«

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen
für den Vorstand des Förderkreises
»Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung«

Ansprechpartnerin
Dörte Hein
Archiv der Arbeiterjugendbewegung
Haardgrenzweg 77
45739 Oer-Erkenschwick
Tel: 0 23 68.5 59 93
Email: archiv@arbeiterjugend.de

NACHRUF

Heinz Beinert im Ernst-Thälmann Pionierpark in Ost-Berlin, 1960. Quelle: AAJB Fotosammlung

ZUM TODE VON HEINZ ›MICKY‹ BEINERT

Eine Trauerrede von Prof. Dr. Peter Brandt am 23. Februar 2018

Liebe Angehörige, in erster Linie: liebe Monika, liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen von Micky Beinert!

Der Verstorbene hat noch den Wunsch geäußert, und seine Familie hat darum gebeten, dass ich die Beisetzung unseres lieben Micky mit einigen Worten des Gedenkens begleite. Eine solche Bitte lehnt man nicht ab; sie zu erfüllen, ist mir eine Ehre.

Ich erinnere mich noch genau und gern der schönen Veranstaltung anlässlich Mickys 80.Geburtstag und seiner endgültigen Verabschiedung in den Ruhestand im November 2009 im Weddinger ATZE-Theater, wo viele von Ihnen, von Euch anwesend waren.

Am 6. Oktober 1929 als Heinz Beinert in Berlin-Kreuzberg geboren wurde, groß geworden in der Familie eines Kleinunternehmers seines Vaters, der zudem Funktionär der NSDAP war, teilte Micky das Schicksal vieler Altersgenossen, indem er seinen Traumberuf, den eines Pferdejockeys, unter den Bedingungen des »totalen Krieges« nicht erlernen durfte, letztlich auch die Lehre als Maschinenschlosser nicht beenden konnte und kurzzeitig als Tankwart, dann von 1948 bis 1954 als Bergmann unter Tage im Aachener Revier arbeitete. In den letzten Tagen des Krieges noch als Volkssturmmann eingesetzt, überlebte er mit einigem Glück und näherte sich über mehrere Stationen der sich neu konstituierenden sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

Von 1954 bis 1963 war er, inzwischen hoch politisiert, hauptamtlicher Bezirkssekretär der »Falken« im Bezirk Mittelrhein mit Sitz in Köln. Dort arbeitete er u.a. eng mit dem später führenden SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski zusammen. Dessen Spitzname »Ben Wisch« stammte aus der gemeinsamen, nicht immer legalen und keineswegs ungefährlichen, vielfältigen Unterstützung für die bis 1962 im bewaffneten Kampf gegen die Kolonialmacht Frankreich stehende Nationale Befreiungsfront Algeriens. Zusammen mit anderen Aktivisten erhielt Micky dafür Ende 2004, über 40 Jahre später, einen hohen algerischen Orden.

Zwischenzeitlich 1963, auf dem Höhepunkt der damaligen Anpassungstaktik, für einige Zeit sogar aus der SPD ausgeschlossen, trat er immer wieder mit politischen Aktionen hervor, die in dem damaligen politischen Klima provozierend wirkten und von den Parteioberen nicht gern gesehen wurden, etwa für allgemeine Abrüstung durch Unterstützung der Ostermarschbewegung von Anfang an und gegen die »Leuchttürme der Freien Welt« im Südafrika der Apartheid und in Franco-Spanien, später dann in der griechischen Militärdiktatur. Die Heutigen machen sich meist nicht mehr klar, wie viele Widerstände in den 1950er, frühen und mittleren 1960er Jahren solch ein Einsatz zu überwinden hatte, zumal in West-Berlin, wo die politische Optik auch und gerade der Sozialdemokratie damals allein vom Ost-West-Konflikt bestimmt war (aus teilweise verständlichen Gründen).

Er blieb bis zum Schluss Demokrat und Sozialist – gefühlsmäßig wie verstandesmäßig –, davon überzeugt, dass der Kapitalismus, zumal in seiner aktuellen neoliberalen Variante, nicht das letzte Wort der Geschichte sein wird.

1. Mai Demonstration 1968 in West-Berlin in: Die Wahrheit, 03.03.1968. Heinz »Micky« Beinert (8. Von links), SDS-Funkionär Leiévre (7. Von links), Rechtsanwalt Mahler (6. Von links) Quelle: AAJB Zeitungsauschnittsammlung

In seiner Geburtsstadt Berlin lebte und arbeitete Micky wieder seit 1965; er war jetzt Landesgeschäftsführer der SJD – Die Falken. In seinem vor gut acht Jahren geschriebenen biographischen Text für paperpress bezeichnet er die Berliner Falken als »Vorachtundsechziger«, eine treffende Charakterisierung, wobei manche der Verstiegenheiten des studentischen Milieus einem alten Hasen wie ihm in den Folgejahren dann eher ein Kopfschütteln entlockten.

Micky Beinert war zeitweise – so etwas gab es tatsächlich – Mitglied des Berliner Zentralausschusses der Außerparlamentarischen Opposition. Zu Recht hebt er nicht nur die große oppositionelle 1. Mai-Demonstration 1968 mit bis zu 40 000 Teilnehmern hervor, sondern auch den direkt nach dem sowjetischen Einmarsch in Prag am 21. August 1968 organisierten Protestmarsch etlicher Tausender gegen die Invasion.

Micky Beinert wechselte nach seinem Ausscheiden aus der hauptamtlichen Tätigkeit bei den Falken 1972 als Bildungs- und Pressereferent zum Landesjugendring und wurde dann auch Chefredakteur von dessen Zeitschrift *Blickpunkt*; für den Landesjugendring saß er von 1975 bis 1980 im Rundfunkrat des Senders Freies Berlin. Danach gehörte er der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport an, wo er sich in der Arbeitsgruppe Kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche im Referat Jugendförderung bemühte, neue Akzente zu setzen.

Als ob das nicht genug gewesen wäre, startete er, nach vorzeitigem Ruhestand, 1992 eine grandiose letzte Karriere als ehrenamtlicher Geschäftsführer – neben Doris Weber-Seifert als hauptamtliche Kraft – bei der Konzipierung und siebzehnjährigen Leitung und Begleitung des Jugend-Kultur-Service; die Aktivität ist anlässlich der Verabschiedung in der eingangs erwähnten Veranstaltung eingehend gewürdigt worden, zudem schon 2002 mit dem Bundesverdienstkreuz.

Ich habe Micky Beinert das erste Mal 1965 getroffen. Damals war er ein gestandener Mann mit einer bewegten Biographie und ich ein blutjunger Rebell von sechzehn Jahren (nach den Maßstäben, die einige Jahre später gesetzt wurden, wohl eher brav – und jedenfalls unter wesentlich angenehmeren und behüteteren Verhältnissen aufgewachsen). Einmal, Micky hatte noch eine Wohnung in Köln, durfte ich dort bei ihm übernachten. Wir besuchten u.a. Georg (›Schorsch‹) Jungclas, den Micky als seinen politischen Ziehvater betrachtete.

NACHRUF

Heinz Beinert auf einem Altfalkentreffen auf dem Zeltlagerplatz in Heiligensee bei Berlin

Jungclas, Jg. 1902 und somit noch von der klassischen Arbeiterbewegung vor 1933 geprägt (die auch und nicht zuletzt eine Bildungsbewegung war), war lange Jahre Sekretär der deutschen Sektion der – trotzkistischen – Vierten Internationale. Dieser Vereinigung gehörte Micky an und ab Ende 1966 auch ich für einige Zeit. Was uns vorschwebte, war ein radikaler, auch radikal demokratischer, Sozialismus. Charakteristisch für diese spezifische Strömung war, dass wir beide dann im Vorfeld der Spaltung des kleinen, halb konspirativen Zirkels 1969 in verschiedenen Fraktionen landeten. Das hat aber dem freundschaftlichen Einvernehmen keinen Abbruch getan.

Micky war ein überzeugungsstarker und geradliniger Mann, aber das Gegenteil eines Sektierers; er konnte Flexibilität, Kompromissfähigkeit und Verständnis für andere Positionen und Lebenswege, ohne die man in der Politik wie auch im beruflichen und privaten Leben nicht weit kommt, sehr gut von Opportunismus und Postenjägerei unterscheiden.

Mich hat beeindruckt und beeinflusst, wie er, der mit Mitte Dreißig schon eine reiche Lebenserfahrung aufzuweisen hatte, diese zu vermitteln verstand: ohne erhobenen Zeigefinger, sondern durch natürliche Autorität. Seine Erdung teilte sich beinahe physisch mit. Er blieb bis zum Schluss Demokrat und Sozialist – gefühlsmäßig wie verstandesmäßig –, davon überzeugt, dass der Kapitalismus, zumal in seiner aktuellen neoliberalen Variante, nicht das letzte Wort der Geschichte sein wird. Ich fühlte und fühle mich fortdauernd als sein Bruder im Geiste. Nicht zuletzt, und auch das wollen wir nicht vergessen, war unser verstorbener Freund ein lebensfroher, humorvoller, dabei persönlich bescheidener, ausgesprochen sympathischer, liebenswürdiger Mensch.

Manche von Ihnen, von Euch haben in den letzten Jahrzehnten intensiveren Kontakt zu Micky gehabt als ich. Ich habe ihn seit den 1970er Jahren nicht sehr oft gesehen. Trotzdem sind wir herzlich verbunden geblieben. Meine Freude war jedes Mal groß, wenn ich ihn zufällig oder aufgrund einer Verabredung traf. Es gab stets viel zu bereden.

Ich hoffe inständig, dass Menschen wie Micky Beinert nicht aussterben. Er war ein Vorbild.

BERICHTE

AUF DEN SPUREN DER GROSSELTERN – TIM KURT LOWENSTEIN BESUCHT NEUKÖLLN

Rinske Reiding

»Es gibt nicht viele Menschen deren Erinnerung noch so leben, 80 Jahre nachdem sie verstorben sind.« Das ist ein Satz, den Tim Lowenstein[1] mindestens einmal am Tag laut ausgesprochen hat, während seines fünftägigen Besuchs in Berlin Ende Juli 2017.

Tim Kurt Lowenstein ist, wie sein Name vermuten lässt, Kurt Löwensteins Enkel, er ist knapp über 60 Jahre alt und Professor der Geologie an der Binghamton University im Staat New York. Er ist verheiratet mit Sally, mit der er drei Kinder großgezogen hat. Er hat einen Hund, der immer mit zur Uni kommt und er trägt am liebsten T-Shirts und Baseballcaps und meint dazu, dass er eben typisch amerikanisch sei. Er liebt seinen Job über alles und wenn er darüber spricht, sieht man das auch. Er möchte mit seinen Studenten und Studentinnen zusammen lernen, auf was sich die Menschheit vorbereiten muss, wenn sich die Erde weiter erwärmt. Ein vorausschauender Geist.

Vor drei Jahren wurde er wie aus dem Nichts heraus kontaktiert: »Hallo Herr Lowenstein, stimmt es, dass Sie Kurt Löwensteins Enkel sind?«. Er wusste sehr wohl, dass sein Großvater mal in Deutschland bekannt gewesen war. Immerhin war er als Kind mit seinem Vater Dyno Löwenstein in Berlin gewesen, als eine Straße feierlich als Löwenstein-Ring eingeweiht wurde. »Ich erinnere mich eigentlich nur an das endlose Händeschütteln.« Dass die Erinnerungen an seinen Großvater noch lebendig sind, Bedeutung haben und Menschen bis heute bewegen, konnte er sich kaum vorstellen. Also beschloss er mit seiner Frau und zwei seiner drei Kinder eine Reise auf den Spuren seiner Familiengeschichte zu machen.

Die Reise begann in Berlin als erste von drei Stationen. Fast alle Tage waren mit einem engen Programm durchgeplant. Am ersten Vormittag ging es mit einem Besuch auf dem Zeltlagerplatz in Heiligensee los, wo die Falken Sachsen dabei waren, sich auf das Zeltlagerbergfest vorzubereiten. Mit Freude und Neugier ließen sie sich über den Platz herumführen und lernten viel über die Gruppenstunden, den Genossenschaftlichen Kiosk, Zeltlagerdemokratie und wie das alles mit Kurt Löwenstein verbunden ist. Einige Tage später, während eines Workshops über Kurt Löwensteins Denken und Wirken in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, erklärte Tim: »Ich habe immer gedacht, dass mein Großvater wichtig war, weil er eine wichtige Funktion als Reichstagsabgeordneter gehabt hatte. Es hat mich erstaunt, dass das für alle die wir hier getroffen haben gar nicht so sehr im Mittelpunkt steht.« In Heiligensee schauten wir auch das Buch *Bilder der Freundschaft* an. Darin ist auch ein Bild mit Kurt Löwenstein im Blauhemd. Ein Blauhemd wird auch Tim zum Abschied von den Falken angeboten. Kirby, Tims Tochter, hat später verraten, dass Sie ihren Vater selten so glücklich gesehen hat, wie auf dem Zeltlagerplatz im Blauhemd.

Hallo Herr Lowenstein, stimmt es, dass Sie Kurt Löwensteins Enkel sind?

Mara Löwenstein mit ihrem Enkel Tim Kurt 1959/1960 Quelle: Tim Kurt Lowenstein

[1] Den Umlaut im Familiennamen hat Dyno Löwenstein nach einigen Jahren nicht mehr verwendet.

BERICHTE

Dyno Löwenstein mit seinem Sohn Tim Kurt 1957
Quelle: Tim Kurt Lowenstein

Nachdem er auf dem Falkenzeltlager festgestellt hat, wie aktuell die Ideen seines Großvater noch heute sind, besuchten Tim und seine Familie auf einem Stadtrundgang in Neukölln das ehemalige Wohnhaus, das Rathaus und die ehemalige Karl-Marx Schule. »Dyno hat nicht sehr viel erzählt über früher, das Leben in Deutschland vorher. Über den Mordanschlag und den Krieg aber schon.« Am Tag vor dem Reichstagsbrand kamen in der Nacht SA-Männer in die Wohnung der Löwensteins in der Geygerstraße Nr.3 in Neukölln. In vielen Büchern findet man den *Vorwärts* Artikel vom Tag danach, in dem geschrieben wird, wie sie bis ins Wohnzimmer gekommen waren und durch die Schlafzimmertür schossen. Tim erzählte, dass sein Vater Dyno sich gut daran erinnern konnte, er war 1933 immerhin schon 19 Jahre. Ins Schlafzimmer schafften es die SA-Verbrecher nicht, da Kurt, Mara und Dyno den schweren Sekretär vor die Tür geschoben hatten. Dazu hielten sie eine Matratze vor der Tür, um sich vor den Schüssen zu schützen. Dynos Geschichten haben offensichtlich Eindruck auf seinen Sohn gemacht, ihm fielen während der Tage in Berlin immer wieder die Einschusslöcher in Berliner Häusern auf: »Ich sehe sie überall«.

Eindrucksvoll ist dabei vor allem die Geschichte seines Vaters Dyno Löwenstein nach dem Exil. Bekannt ist vielen Falken, dass die Löwensteins nach dem Mordanschlag Berlin verließen. Zuerst flohen sie über Leipzig nach Prag, reisten dann nach Wien, Brüssel und lebten zuletzt zusammen in Paris, bis Kurt an einem Schlaganfall 1939 starb. Mara und Dyno erlebten immer weiter verunsichernde Zeiten. Während Dyno unter schweren Bedingungen in der französische Armee diente, wurde Mara im Lager Gurs in Süd-Frankreich interniert. Nachdem sie sich wiedergefunden hatten, schafften sie es mit einem der letzten Schiffe, die auch Jüdinnen und Juden über den Ozean mitnahmen, nach New York zu entkommen. Was viele aber nicht wissen ist, dass Dyno sich in der USA bei der Armee meldete: Er wollte zurück um die Nazis zu bekämpfen. Als deutschsprachiger Jude wurde er Teil einer Spezialeinheit des Geheimdienstes, damals OSS genannt, und wurde mit seiner Einheit in Nordafrika und danach in Italien stationiert. Von dort aus führten sie mehrere geheime Operationen durch, die vom US-Präsidenten Eisenhower später als die wichtigsten Geheimdienstoperationen gegen die Nationalsozialisten bezeichnet wurden.

Während Dyno gegen die Nazis spitzelte, schickte Mara Hilfspakete an zurückgebliebene Freunde und Bekannte in Frankreich, und organisierte einen Solifonds für Marie Juchaz, da die Gründerin der AWO als Geflüchtete in New York aufgrund ihres Alters nicht mehr arbeiten konnte. Mara schrieb rege mit vielen ihrer und Kurts Bekannten. So erfuhr zum Beispiel der in die USA geflüchtete Sohn von Luise und Karl Kautsky erst über Mara, dass seine Mutter in Auschwitz umgebracht wurde. Dyno hatte es Mara geschrieben, als er nach der Befreiung in Berlin war. Daraufhin wurde in New York eine Trauerfeier für Luise gehalten. In einem von Maras Texten ist auch von einem selbstgebastelten Denkmal in der Geygerstraße 3 in Neukölln zu lesen. »Es ist so gut, dass es neben Kurts Gedenktafel auch dieses gibt. Meine Oma Mara habe ich noch gekannt, sie war eine sehr besondere Frau mit einem starken Charakter. Sie waren wirklich ein Dreierteam – Kurt, Mara und Dyno.«

Am Abend wurde über den Tag reflektiert. Man unterhielt sich darüber, wie Weltgeschichte, die Falken und diese Familie aus New York State miteinander verwoben sind. Es wirkte surreal. Wir diskutierten auch über die aktuelle politische Situation. Die Lowensteins verstehen sich als progressive Demokraten – »du kannst uns auch Sozialisten nennen wenn du magst«. Scott, Tims Sohn, war als aktiver Demokrat hauptamtlich in Hillary Clintons Wahlkampfkampagne beschäftigt.

Am nächsten Tag stand ein Besuch im Museum Neukölln an. Neben dem Direktor begrüßte auch Jan-Christopher Rämer die Familie. Jan-Christopher war als Schulstadtrat in Neukölln einer der späteren Nachfolger von Kurt Löwenstein in dem Amt. »Ich weiß ganz genau, dass von all meinen Vorgängern Kurt Löwenstein das meiste geschafft hat, das Schulsystem am stärksten gefördert und verbessert hat.«[2]

Eines der Objekte in der Ausstellung *99x Neukölln* war eine Pinnnadel der Kinderfreunde. Auf einem Bildschirm zeigte der Direktor die verschiedenen Kapitel zu der Geschichte der Kinderfreunde, das Leben von Kurt Löwenstein und über die revolutionären Schulreformen in der Weimarer Republik. Oben im Archiv wartete eine ganz besondere Überraschung. Zufällig hatte Jan-Christopher einige Wochen zuvor eine Kiste gefunden mit alten orginalen Dokumenten und teils noch unbekannten Schriften von Kurt Löwenstein. Mit Handschuhen wurden die Unterlagen nun das erste Mal geöffnet und gesichtet.[3]

Eine Nacht in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein durfte natürlich im Programm nicht fehlen. Zu der Gelegenheit wurde nicht nur die Dauerausstellung im Haus gezeigt, sondern auch eine Gesprächsrunde mit Falken aus dem Bundesvorstand und der Bildungsstätte eingerichtet. Das Überdauern der Ideen und des Wirkens Kurt Löwensteins bis heute und auch der geschichtliche Kontext wurden nochmals vertieft. Für die Lowensteins ist es ein wenig wie ein freudiges Rätsel geblieben, dass dem Großvater noch heute so viel Bedeutung zugemessen wird und viel Unterstützenswertes passiert mit und unter seinem Namen.

Besuch der Jugendbildungsstätte *Kurt Löwenstein* in Werftpfuhl bei Berlin
Quelle: Rinske Reiding

Besuch des Zeltlagers der SJD – Die Falken, LV Sachsen, v.l.n.r: Tim Lowenstein, Rinske Reiding, Ildikó Jahn,
Quelle: Rinske Reiding

Angetan von den Tagen in Berlin und der Jugendbildungsstätte zog die Familie nach Wien weiter. Dynos Frau und Tims Mutter Tilde wurde dort als jüdisches Mädchen geboren bevor sie als junge Frau über London nach New York flüchtete. Viel mehr als eine alte Adresse hatte Tim nicht, aber »die Stadt ein wenig spüren ist auch schon viel Wert«.

Die Reise endete in Stockholm, wo sie einige Tage mit Stefanie Andersson verbrachten, einer neu entdeckten Cousine zweiten Grades.

Soviel kann ein Telefonat bewirken »Hallo Herr Lowenstein, stimmt es, daß Sie Sie Kurt Löwensteins Enkel sind?«.

[2] SPD-Politiker Jan-Christopher Rämer hat am 24.11.2017 aufgrund einer öffentlichen Verfehlung seine Parteiämter niedergelegt und um seine Entlassung als Neuköllner Schulstadtrat gebeten.

[3] Die Materialien lagern gegenwärtig im Archiv des Museums Neukölln.

VERANSTALTUNG

ARCHIVGESPRÄCH 2018

»Deutsch-deutsche Jugendkontakte im Schatten von Nachrüstung, Afghanistan und Glasnost: die 1980er-Jahre«

Kooperationsveranstaltung des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) und des Archivs der Arbeiterjugendbewegung (AAJB)

Nach Abschluss der Ostverträge in den frühen 1970er-Jahren hatte sich das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten entkrampft. Zwischenstaatliche Kontakte wurden im Rahmen der Entspannungspolitik genauso normal wie solche zwischen (politischen) Organisationen – so normal, wie dies angesichts von Systemkonkurrenz, militärischer Blockkonfrontation und Mauer sein konnte. Die Beziehungen zwischen westdeutschen Jugendverbänden aus der Arbeiterbewegung – Falken, Jungsozialisten, Gewerkschaftsjugend – zu ihren ostdeutschen Gesprächspartnern in FDJ und FDGB unterlagen der Besonderheit, dass sich beide Seiten auf eine gemeinsame Geschichte der Arbeiterbewegung bezogen. Die Kontakte fanden somit nicht nur vor dem Ost-West-Hintergrund, sondern auch vor dem Streit statt, wie eine bessere Gesellschaft und Zukunft zu erreichen seien.

Nach der Normalisierung in den Beziehungen seit Beginn der 1970er-Jahre standen die Kontakte in den 1980er-Jahren vor neuen Herausforderungen. Mit dem NATO-Doppelbeschluss und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan – beides gegen Ende des Jahres 1979 – stand die Welt vor der nächsten Phase atomarer Rüstung. Friedensbewegungen weltweit aber auch in beiden deutschen Staaten opponierten gegen die Regierenden. Die DDR sah sich zudem durch die polnische Oppositionsbewegung (Solidarnosc) und die Politik Gorbatschows herausgefordert.

Anknüpfend an die 2016 stattgefundene gemeinsame Veranstaltung der beiden Archive über die Jugendkontakte der 1970er Jahre werden in diesem Jahr Zeitzeug*innen aus den beteiligten Organisationen über ihre Erfahrungen in dem Jahrzehnt vor Ende des Systemkonflikts berichten.

Plakat der World Federation of Democratic Youth (WFDY), Sammelmappe mit Plakaten von 1978 – 1985 anlässlich der 12. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Moskau, 27.07. – 03.08.1985
Quelle: AAJB Plakatsammlung

Das Archivgespräch hat zum Ziel, die Quellenlage zum Thema sichtbar zu machen und zugleich Impulsgeber für Forschung und Lehre zu sein, um damit einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Teilung im Feld der historischen Jugendforschung zu leisten. Daher richtet sich die Veranstaltung vor allem an fachlich informierte und ehemalige an den Austauschen beteiligte Personen.

Es werden Zeitzeug*innen aus der SJD – Die Falken, der DGB-Jugend, den Jungsozialisten, der Naturfreundejugend, dem Deutschen Bundesjugendring (DBJR) und der Freien Deutschen Jugend (FDJ), dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) an dem Gespräch teilnehmen.

Außerdem konnte Dr. Detlef Brunner, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Deutsche und Europäische Geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts an der Universität Leipzig, für ein Impulsreferat gewonnen werden.

WANN 23. November 2018, 13^{00} – 19^{00} Uhr

WO Salvador-Allende-Haus, Raum A4, Haardgrenzweg 77, 45739 Oer-Erkenschwick

Der Eintritt ist frei.

ANMELDUNG
Archiv der Arbeiterjugendbewegung,
Haardgrenzweg 77, 45739 Oer-Erkenschwick
Tel.: 02368.559 93
Email: archiv@arbeiterjugend.de

Save the date!

ARCHIVTAGUNG 2019

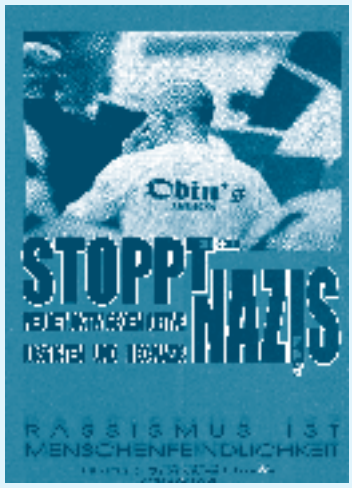
Der Aufbau sozialistischer Jugendorganisationen in den neuen Bundesländern nach 1989
18.–19. Januar 2019

Im nächsten Jahr blicken wir auf 30 Jahre politische Wende in der DDR zurück. Diese Gelegenheit möchte der Vorstand des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« nutzen, um die Geschichte des Aufbaus sozialistischer Jugendverbandsstrukturen in den neuen Bundesländern in den näheren Fokus zu nehmen.

Die u. a. durch den Einigungsprozess gewandelten Lebensbedingungen der Jugendlichen und die ebenfalls veränderten Rahmenbedingungen für Jugendpolitik und Jugendarbeit machten zum damaligen Zeitpunkt eine Grundsatzdiskussion über die Perspektiven der (westdeutschen) Jugendverbandsarbeit notwendig. Das eigene Selbstverständnis musste reflektiert und politische Begrifflichkeiten auf den Prüfstand gestellt werden. Den politischen Ereignissen von 1989 folgten recht bald intensive Diskussionen über den Begriff »Sozialismus«, der gerade in den neuen Bundesländern bekanntermaßen argwöhnisch betrachtet wurde.

Während die Entwicklungen der übergeordneten Organisationstrukturen wie der des Deutschen Bundesjugendringes (DBJR) nach dem Einigungsprozess einigermaßen nachgezeichnet werden können, gestaltet sich das beim Blick auf die einzelnen Jugendorganisationen schwieriger. Das gilt es aufzugreifen und die Aufbauarbeit der sozialistischen Jugendorganisationen zu betrachten.

Wie sahen die jugend- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen für die Neugründung der Jugendorganisationen in den neuen Bundesländern aus? Gab es bei den Jugendlichen im Osten ein Interesse, sich (neu) zu organisieren? Und welchen Herausforderungen standen diese Jugendverbände bei dem Verbandsaufbau in den neuen Bundesländern gegenüber?



← Plakat einer gemeinsamen Kampagne gegen Rechtsextremismus der Jungsozialisten Sachsen und der SJD – Die Falken Sachsen in den 1990er Jahren
Quelle: AAJB Plakatsammlung

→ Plakat zur Mitgliederwerbung der SJD – Die Falken Brandenburg.
Quelle: AAJB Plakatsammlung

ZEITZEUGINNEN UND ZEITZEUGEN GESUCHT

Für den Austausch über die Aufbauarbeit der Verbandsstrukturen in den neuen Bundesländern werden noch Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus den Jugendverbänden der Falken, der DGB-Jugend und/oder auch der Naturfreundejugend gesucht, die ehren- und hauptamtlich aktiv in diese Arbeit vor Ort einbezogen waren. Die Archivtagung soll u. a. dazu genutzt werden, die Erinnerungen der damaligen Beteiligten wachzurufen und Ereignissicherung der ersten Jahre nach der politischen Wende zu betreiben.

Wenn Ihr Interesse habt, euch an diesem Austausch zu beteiligen, dann meldet euch bitte im Archiv der Arbeiterjugendbewegung.

ANSPRECHPARTNERIN

Dörte Hein
Tel.: 02368-559 93
Email: archiv@arbeiterjugend.de

Das ausführliche Programm der Archivtagung wird im November 2018 veröffentlicht.

AUTORINNEN UND AUTOREN

Heidi Behrens geb.1946, Studium der Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung an der FU Berlin und der Universität Frankfurt a. M. 1992 – 2008 hauptberuflich pädagogische Mitarbeiterin im Bildungswerks der Humanistischen Union. Themenschwerpunkte: biografisches Lernen, Erfahrungs- und Bildungsgeschichte, Gedenkstättenarbeit. Sie publizierte u.a. zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterjugend in Essen.

Peter Brandt Prof. Dr. phil. habil., geb. 1948, leitete von 1989 bis 2014 das Lehrgebiet Neuere Geschichte an der FernUniversität in Hagen und war von 2003 bis 2017 Direktor des interdisziplinären Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften ebd. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu einem breiten Themenspektrum der deutschen und europäischen Geschichte seit dem 17. Jahrhundert, u.a. der Arbeiterbewegung und des Sozialismus. Zuletzt: »Freiheit und Einheit«, 2 Bde., 2017. Diverse Ehrenämter, u.a. Mitglied des Vorstands der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Dörte Hein geb. 1979, 1999-2006 Studium der Geschichte, Ethnologie und Politikwissenschaft in Hamburg. Seit 2007 ehren- und hauptamtlich aktiv der SJD – Die Falken. Seit 2015 Fernstudium Archivwissenschaft an der FH Potsdam und seit November 2013 Leiterin des Archivs der Arbeiterjugendbewegung.

Stefan Müller Priv.-Doz. Dr., geb. 1966, Ausbildung zum Drucker, Studium der Politikwissenschaft an der FU Berlin. 2009 Promotion in Berlin mit einer Biografie über das ehemalige IG Metall-Vorstandsmitglied Heinz Dürrbeck (2012–2001), 2017 Habilitation an der Universität Duisburg-Essen im Fach Neuere und Neuste Geschichte mit einer Arbeit über die Ostkontakte des DGB. Seit 2013 Referent im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Günter Regneri geb. 1963, gelernter Elektroniker und ehemaliger Gewerkschaftssekretär. Studium der Geschichte, Germanistik und Soziologie in Berlin und London mit dem Abschluss Magister Artium. Autor von Biographien über Luise Kautsky (1864 – 1944) und Herbert Weichmann (1896 – 1983). Derzeit als Lehrer tätig.

Rinske Reiding geb. 1981, studierte pädagogische Wissenschaften in Nijmegen (NL) und kam 2005 über ein europäisches freiwilliges Jahr in die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein zu den Falken. Von 2011–2015 arbeitete sie im Willy-Brandt-Center in Jerusalem als Friedensfachkraft und koordinierte dort die Arbeit der IFM-Jugendverbände aus dem Nahen Osten. Gegenwärtig als Referentin des Projektes »Neue Wege – Prävention von Antisemitismus« im Anne Frank Zentrum in Berlin tätig.

Sophie Reinlaßöder geb. 1988, Studium der Empirischen Kulturwissenschaft, Erziehungswissenschaft, Kulturpädagogik und Kulturmanagement an der Universität Tübingender und Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach. Zuletzt tätig als wissenschaftliche Volontärin im Bereich Vermittlung am Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart. Seit Februar 2018 arbeitet sie als Archivpädagogin im Archiv der Arbeiterjugendbewegung.

Kay Schweigmann-Greve Dr., geb. 1962, zunächst aktiv in der bündischen Jugend, seit 1979 aktiv bei der SJD – Die Falken, 1990 – 1993 Bezirksvorsitzender in Hannover. Mitbegründer des dortigen Israel-Arbeitskreises der Falken, seit 2003 Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Hannover, seit 2009 des Trägervereins der Jüdischen Bibliothek Hannover. Arbeitet als Justiziar bei der Landeshauptstadt Hannover, Promotion 2011: Chaim Zhitlowsky, Philosoph, Sozialrevolutionär und Theoretiker eines säkularen jüdischen Diasporanationalismus.

Frederik Schwieger geb. 1985, Studium der Sozialpädagogik an der Fachhochschule Düsseldorf, Bachelorarbeit zu Kurt Löwenstein und den Kinderfreunden. Ist seit 2003 Mitglied bei der SJD – Die Falken OV Viersen, mehrere Jahre Bildungsreferent bei der SJD- Die Falken Landesverband Thüringen und seit Januar 2018 Geschäftsführer des Stadtjugendring Leipzig.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen Dr., geb.1950, Promotion im Fach Geschichte. Ehemaliger Leiter des Ressorts Politik und Planung in der Ver.di Bundesverwaltung, Vorsitzender des Fördervereins EL DE Haus (NS Dokumentationszentrum) Köln, sowie Vorsitzender des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung«.

Mitteil

ARCHIV DER ARBEITERJUGENDBEWEGUNG

Mitteilungen 1/2018

Archiv der Arbeiterjugendbewegung · Oer-Erkenschwick

Die »Mitteilungen des Archivs der Arbeiterjugendbewegung« werden vom Förderkreis »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« und dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung herausgegeben.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion Dörte Hein, Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Bodo Brücher

Gestaltung Gerd Beck

Umschlag Umschlag-Collage Gerd Beck

Mitte: Postkarte mit dem Titel »Brüder! Nicht schiessen!, Fotografie aufgenommen am 9.11.1919, Berliner Illustrations-Gesellschaft. Quelle: Edition Photothek, Dirk Nishen, Berlin. 1983. AAJB Postkartensammlung

Mitte links: Mitgliedsausweis des Arbeiter- und Soldaten-Rates Varel, November 1918. Quelle: Privatbesitz Erich Henkel, an das Archiv übergeben von Stefan Appelius. AAJB Fotosammlung

Unten: Titelblatt der Zeitschrift Arbeiter-Jugend, Jhg.1919, Hft.1. Quelle: AAJB

Archiv der Arbeiterjugendbewegung
Haardgrenzweg 77 | D-45739 Oer-Erkenschwick
Fon: 02368.55993 | Fax: 02368.59220
archiv@arbeiterjugend.de | www.arbeiterjugend.de

Bankverbindung Zeltlagerplatz e.V./Förderkreis
Konto-Nr. 701 284 | BLZ 426 501 50 Sparkasse Vest Recklinghausen
IBAN DE96 4265 0150 0000 701284 SWIFT/BIC WELA DED1 REK

ISSN 1866-3818

In einigen Fällen konnten die Inhaber von Rechten an Fotografien nicht ermittelt werden. Etwaige Inhaber von Rechten an in diesem Heft abgebildeten Fotos werden gebeten, Kontakt mit dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung aufzunehmen.